

EINSTELLUNGEN ZUR POLITIK

Eine Studie, wie sich Menschen in Bayern
politisch identifizieren, interessieren und
informieren

EINSTELLUNGEN ZUR POLITIK

Eine Studie, wie sich Menschen in Bayern politisch identifizieren, interessieren und informieren

**FORSCHUNGSGRUPPE
WAHLEN TELEFONFELD**



Impressum

ISBN	978-3-88795-546-5
Herausgeber	© 2018, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Generalsekretär	Dr. Peter Witterauf
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner
Text und Tabellen	FGW Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH N7, 13-15 • 68161 Mannheim Tel. 0621/12 33-0 • Fax: 0621/12 33-199 E-Mail: info@forschungsgruppe.de www.forschungsgruppe.de Amtsgericht Mannheim HRB 6318 Geschäftsführer: Matthias Jung • Andrea Wolf
Titelgestaltung	Formidee München; Titelabbildung: stevanovicigor/istockphoto.com
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Die Abgabe dieser Publikation erfolgt kostenfrei im Rahmen der Stiftungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, www.hss.de/mediathek/publikationen.html , bezogen werden.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Vorwort

Nicht nur die Bundestagswahlen vom 24. September 2017, sondern auch viele Landtagswahlen in den Jahren zuvor haben gezeigt, dass sich in Deutschland bei Wahlen immer mehr Protestverhalten Bahn bricht. Dies wird einerseits deutlich im Anstieg des rechtspopulistischen Protestes und andererseits durch eine wachsende Zersplitterung im Parteiensystem, das sich vor allem in rückläufigen Werten für die klassischen Volksparteien bemerkbar macht. Nicht nur in Deutschland insgesamt, sondern auch in Bayern haben die Volksparteien zusammen historisch niedrige Werte erzielt.

Diese Wahlen, aber auch die politische Entwicklung in unserem Land insgesamt, waren für uns Anlass, kurz nach der Bundestagswahl eine Studie in Auftrag zu geben, in der jenseits von tagespolitischen Diskussionen grundsätzlich nach den Erwartungen der Bürger an die Politik gefragt wird. Dabei war uns vor allem wichtig, mehr darüber zu erfahren, wie sie sich mit ihrer Heimat identifizieren und welche Themen grundsätzlich von den Bürgern als für sie relevant gesehen werden. Daneben war ein zentrales Ziel zu wissen, wie sich die Menschen über Politik informieren und welchen Informationskanälen sie vertrauen. Die oft zitierten „Fake News“ spielen dabei offenbar keine große Rolle. Die Bürger sind erkennbar kritisch gegenüber den sie versorgenden Medien, wobei sie innerhalb dieser Informationsquellen deutliche Unterscheidungen treffen.

Wie üblich bei empirischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung haben wir diese Umfrage, die die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld in Mannheim betreut hat, ausschließlich unter Bürgern des Freistaats Bayern durchgeführt. Ich hoffe, dass dies ein Beitrag dafür ist, dass die verantwortlichen Akteure in Politik, Gesellschaft und politischer Bildung einen besseren Einblick in grundlegende Erwartungen der Bürger an die Politik bekommen und ihr politisches Handeln wie ihre Kommunikation besser darauf einstellen können.

Prof. Ursula Männle

Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsministerin a. D.

Inhalt

Einführung	7
1. Identifikation, Kommunalpolitik und Institutionen	9
1.1 Verbundenheit	9
1.2 Interesse für Politik und Kommunalpolitik	13
1.3 Informationsverhalten Kommunalpolitik	16
1.4 Behördenkontakt	17
1.5 Institutionenvertrauen	20
2. Aktuelle Themen	27
2.1 Wichtigste Probleme in Bayern	27
2.2 Integration von Ausländern	30
2.3 Energiewende	32
2.4 Ganztagsbetreuung von Kindern	33
2.5 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften	34
2.6 Videoüberwachung	36
2.7 Thematische Traditionalität	37
3. Politische Informationen	39
3.1 Rezeption politischer Nachrichten	39
3.2 Glaubwürdigkeit politischer Informationsquellen	44
3.3 Internet und soziale Medien	49
3.4 Fake News	55
Methodisch-statistische Anmerkungen	58

Einführung

Für die Untersuchung „Einstellungen zur Politik – Eine Studie, wie sich Menschen in Bayern politisch identifizieren, interessieren und informieren“ hat die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH vom 16. bis 26. Oktober 2017 in Bayern insgesamt 2.012 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger telefonisch befragt. Die Ergebnisse der Untersuchung sind repräsentativ für die erwachsenen Deutschen in Bayern. Alle Ergebnisse sind – wenn nicht explizit anders dargestellt – in Prozent angegeben. Methodische Einzelheiten werden im Anhang erläutert.

Die Studie ist inhaltlich in drei Abschnitte gegliedert: Im ersten Kapitel wird – neben der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wohnregion, Bayern oder Deutschland – das (kommunal)politische Interesse und Informationsverhalten sowie das Vertrauen der Bayerinnen und Bayern in verschiedene öffentliche Institutionen dokumentiert. Kapitel zwei zeigt grundsätzliche Haltungen zu den aktuellen Themen Integration, Energiewende, Ganztagsbetreuung oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Im dritten Abschnitt wird das politische Informationsverhalten der bayerischen Bürgerinnen und Bürger untersucht sowie deren Einstellungen zur Glaubwürdigkeit verschiedener Medien bzw. Medientypen. Außerdem geht es ebenfalls unter der Perspektive des politischen Informationsverhaltens um die Nutzung des Internets, die Nutzung sozialer Medien sowie um das Phänomen Fake News.

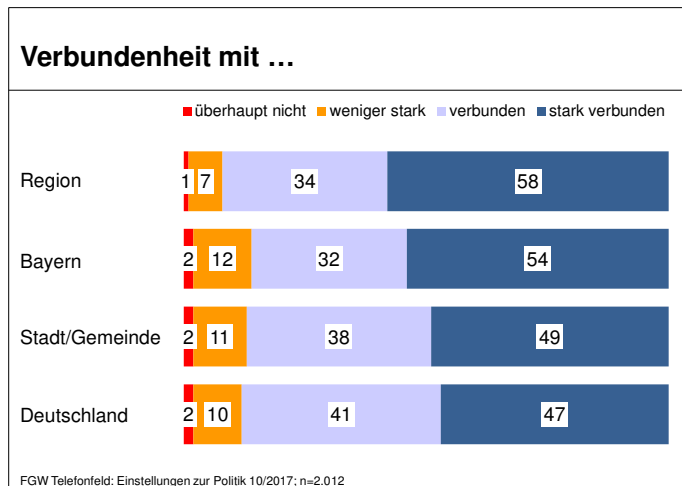
Neben demographischen und sozialen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Konfession, Berufstätigkeit oder Familienstand wurden als weitere analytische Variablen unter anderem die Wohndauer der Befragten in Bayern sowie – losgelöst von aktuellen politischen Stimmungen oder spezifischen Wahlabsichten – grundsätzliche Parteisympathien ermittelt. Darüber hinaus ermöglicht ein auf Basis gesellschaftspolitisch besonders kontrovers diskutierter Themen erstellter Index eine Differenzierung der Befragten in thematisch (eher) traditionell-konservativ und (eher) liberal-modern eingestellte Bevölkerungsgruppen. Schließlich werden in dieser Studie auch mediale Rezeptionsmuster identifiziert, um das politische Informationsverhalten der erwachsenen Bayerinnen und Bayern für die nachfolgende Analyse nach Intensität und bevorzugten Nachrichtenquellen typisieren zu können.

1. Identifikation, Kommunalpolitik und Institutionen

1.1 Verbundenheit

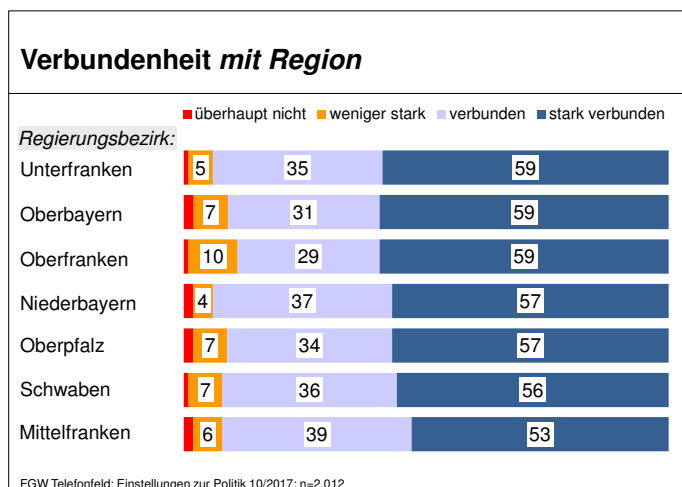
In Bayern fühlen sich die allermeisten Menschen mit ihrem Wohnort, der Region in der sie leben, ihrem Bundesland und auch Deutschland grundsätzlich verbunden. Allerdings gibt es zwischen den administrativen bzw. geographischen Ebenen Differenzen bei der Intensität dieser Bindungen sowie bemerkenswerte Detailunterschiede beim Vergleich einzelner demographischer, sozialer oder politischer Gruppen in der wahlberechtigten Bevölkerung.

So empfinden 58 % aller Bürgerinnen und Bürger eine „starke Verbundenheit mit der Region, in der sie wohnen“, weitere 34 % fühlen sich ihrer Region „verbunden“. Bei nur 7 % fallen diese Bindungen „weniger stark“ aus und nur einer von hundert identifiziert sich nach eigenen Angaben „überhaupt nicht“ mit der eigenen Region.



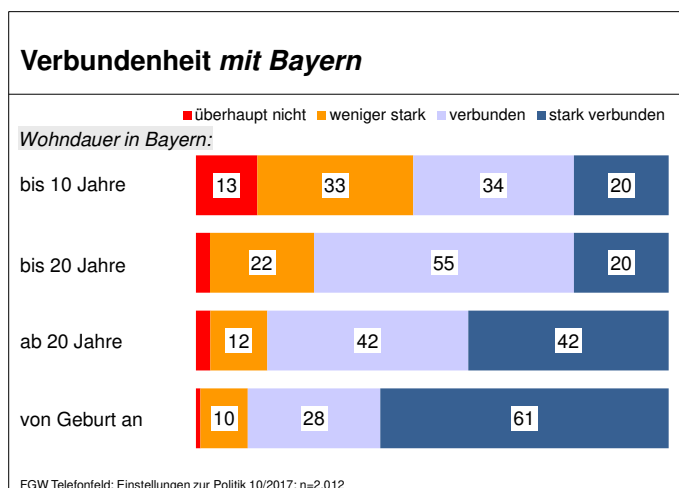
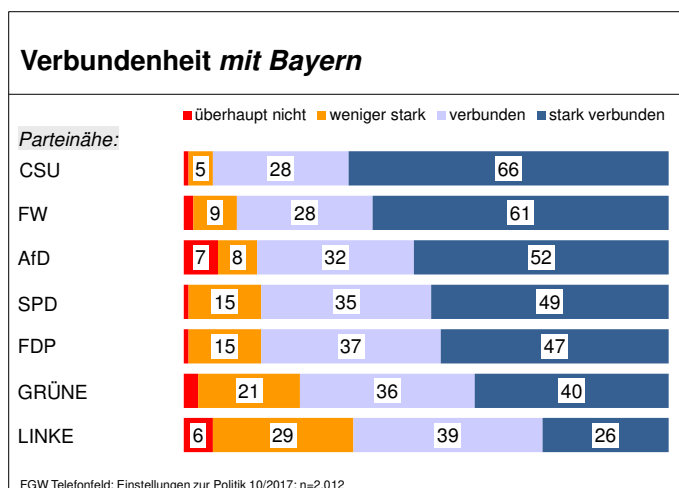
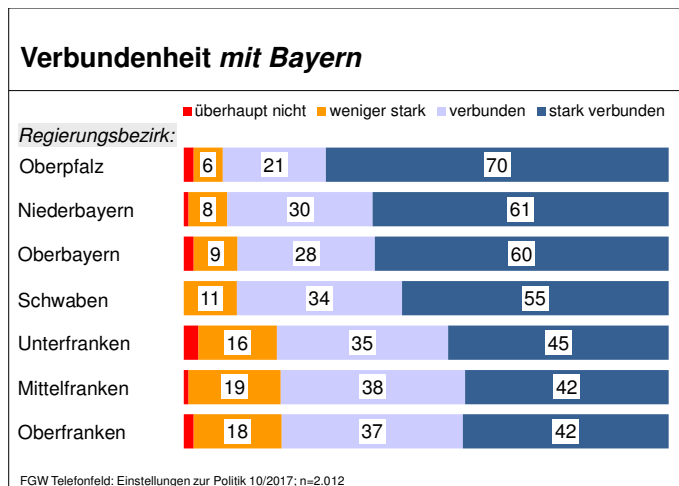
Ähnlich stark ausgeprägt sind die Bindungen an das Land Bayern. Mit einer gewissen Distanz folgen die eigene Stadt oder Gemeinde sowie Deutschland insgesamt. Unterm Strich bemerken ebenfalls nur die Wenigsten, dass sie sich diesen Ebenen nur wenig oder gar nicht verbunden fühlen. Allerdings liegt die „sehr starke“ Verbundenheit mit Deutschland mehr als zehn Prozentpunkte unter dem Niveau der eigenen Region.

Die **Verbundenheit mit der Region** bewegt sich in sämtlichen Landesteilen auf hohem Niveau: In allen Regierungsbezirken konstatiert mehr als die Hälfte der Befragten eine starke Bindung an die Region, in der man wohnt. Was umgekehrt die geringen bzw. nicht-existenten regionalen Bindungen betrifft, liegen diese nur in



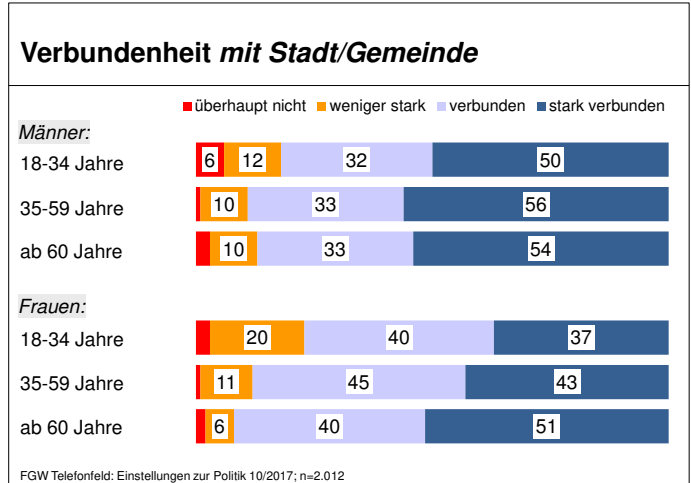
Oberfranken sowie ganz generell in allen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern marginal über dem Schnitt. Unabhängig vom Wohnort gibt es leicht überpropor-

tional viel Distanz unter Singles, konfessionslosen Bürgerinnen und Bürgern, unter Befragten, die weniger als 20 Jahre in Bayern leben, sowie in der besonders mobilen Gruppe der unter 35-Jährigen mit formal hohem Bildungsniveau. Grundsätzlich gibt es aber weder aus regionaler Perspektive noch in einzelnen sozialen Gruppen mehr als einen von fünf Fällen mit nur schwacher bzw. fehlender regionaler Identität.



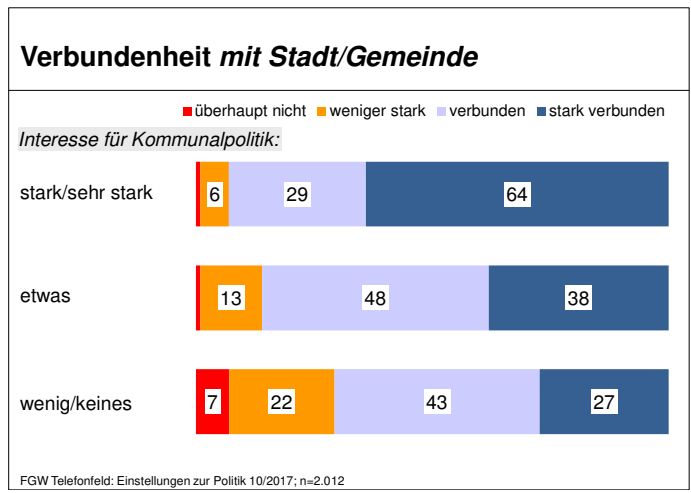
Tendenziell ähnliche Muster gibt es bei der **Verbundenheit mit Bayern**: Auch diese ist in praktisch allen Bevölkerungsteilen klar ausgeprägt, fällt aber unter anderem in Großstädten oder unter jüngeren Menschen – und hier insbesondere unter jüngeren Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen – etwas weniger deutlich aus. In den fränkischen Landes- teilen identifizieren sich sichtbar weniger Befragte „stark“ mit dem Bundesland als in Schwaben oder Alt- bayern. Zudem bekunden erheblich mehr Befragte, denen als Partei die CSU oder die Freien Wähler grundsätz- lich am besten gefallen, eine „starke“ Verbundenheit mit dem Freistaat als Be- fragte mit entsprechender Parteinähe zu den Grünen oder zur Linken. Schließlich steigen die Bindungen an Bayern signifikant an, je länger die Bürgerinnen und Bürger im Land leben.

Mit 49 % bekräftigt rund die Hälfte aller erwachsenen Bayern eine „starke“ **Verbundenheit zu der Stadt oder Gemeinde**, in der sie wohnen. Weitere 38 % fühlen sich ihrem Wohnort zumindest „verbunden“. Ähnlich wie schon bei der Verbundenheit mit der Region oder Bayern insgesamt sind die Bindungen in der Generation

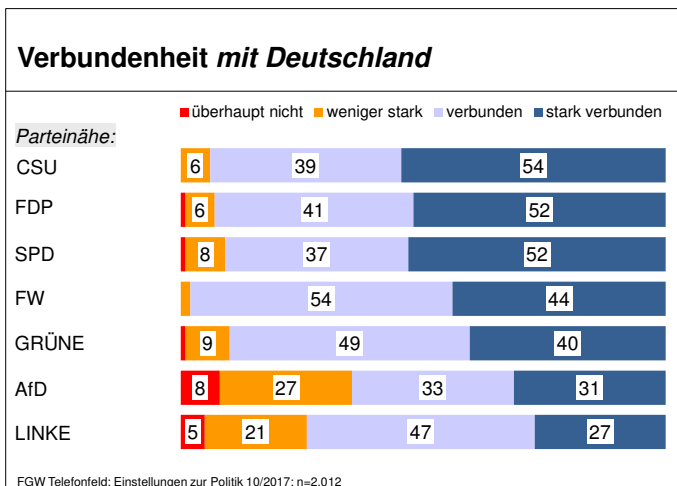
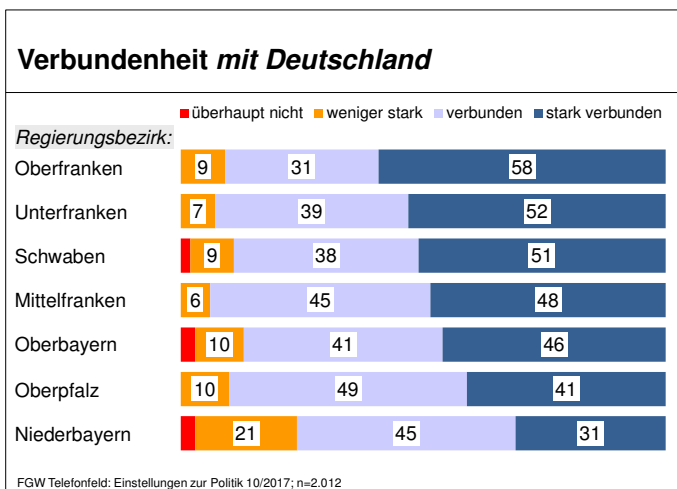
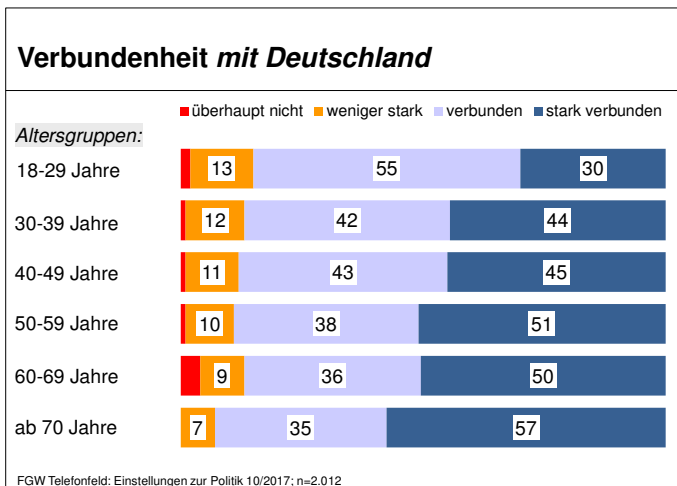


60plus stärker als unter jungen Befragten. Bei 54 % aller Männer und 45 % aller Frauen ist dieses Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Stadt oder Gemeinde stark ausgeprägt, wobei das geschlechtsspezifische Gefälle bei den unter 60-Jährigen besonders deutlich ist. In Großstädten sprechen mit 54 % noch etwas mehr erwachsene Deutsche von starker Verbundenheit als in den kleinen Gemeinden mit 48 %. Ansonsten korrespondiert die Verbundenheit signifikant mit der Wohndauer im größten Flächenland: Während sich unter Befragten, die schon immer in Bayern wohnen, gut die Hälfte dem Wohnort stark verbunden fühlt, sind es unter Bürgerinnen und Bürgern mit maximal 10 oder 20 Jahren in diesem Bundesland nur knapp ein Viertel bzw. gut ein Drittel.

Einen klaren Zusammenhang bei der Beziehung zum Wohnort zeigt das kommunalpolitische Interesse: Unter Bürgerinnen und Bürgern, die sich nur wenig für das Vor-Ort-Geschehen interessieren, fehlen häufig auch die Bindungen zur eigenen Stadt oder Gemeinde. Dass sie sich lokal stark verbunden fühlen, sagen 55 % der



Befragten, denen als Partei die Freien Wähler am besten gefallen, 53 % derjenigen mit primärer CSU-Nähe, 49 % mit SPD-, 46 % mit FDP-, 43 % mit Linke-, 43 % mit Grünen- sowie 39 % mit AfD-Nähe. Ganz anders als bei der Verbundenheit mit dem Land Bayern, die überproportional stark ausfällt unter Befragten mit einer eher rechten politischen Selbstverortung oder Befragten mit sachpolitisch traditionell-konservativen Einstellungen (vgl. Kap. 2.7), spielen die Haltung zu politisch umstrittenen Themen oder klassische Recht-Links-Dimensionen bei der Bindung an die eigene Stadt oder Gemeinde praktisch keine Rolle.



Bei der **Verbundenheit mit Deutschland** fallen Faktoren wie Geschlecht oder Ortsgröße zunächst kaum ins Gewicht. Beim Alter fällt die Polarisierung zwischen der ältesten und der jüngsten Gruppe dagegen noch etwas deutlicher aus als bei den anderen Ebenen: Bei den ab 70-Jährigen bekennen mit 57 % fast doppelt so viele Befragte eine starke Bindung als bei den unter 30-Jährigen mit 30 %. Auch wenn die Verbundenheit mit Deutschland nirgendwo im Freistaat wirklich schwach ausfällt, sind die „starken“ Bindungen in den Regierungsbezirken tendenziell konträr zu den „starken“ Bindungen an Bayern gelagert: In Oberfranken, wo die Identifikation mit dem Bundesland etwas weniger deutlich ausfällt, ist das Bekenntnis zu Deutschland überproportional stark. In der Oberpfalz und insbesondere in Niederbayern, wo der Bezug zum Land Bayern besonders intensiv ist, betonen vergleichsweise wenige Befragte eine starke Verbundenheit mit der nationalen Ebene.

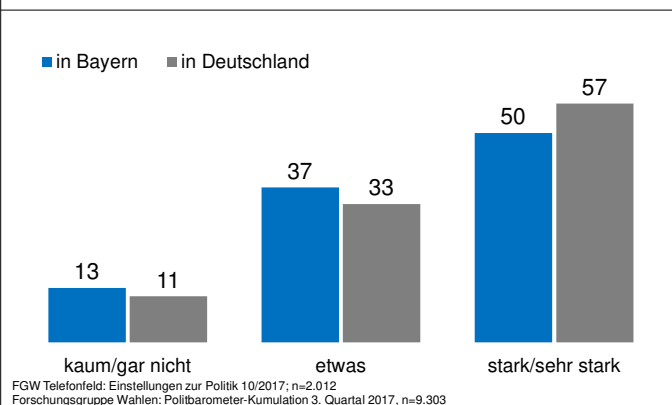
1.2 Interesse für Politik und Kommunalpolitik

Jeder zweite Wahlberechtigte in Bayern hat eigenen Angaben zufolge ein ausgeprägtes **Interesse für Politik**: 50 % aller Befragten bemerken, dass sie sich „stark“ (36 %) oder „sehr stark“ (14 %) für Politik interessieren, 37 % sagen „etwas“ und 13 % haben „kaum“ (9 %) oder „gar kein“ (4 %) Politikinteresse. Damit bewegt sich das (sehr)

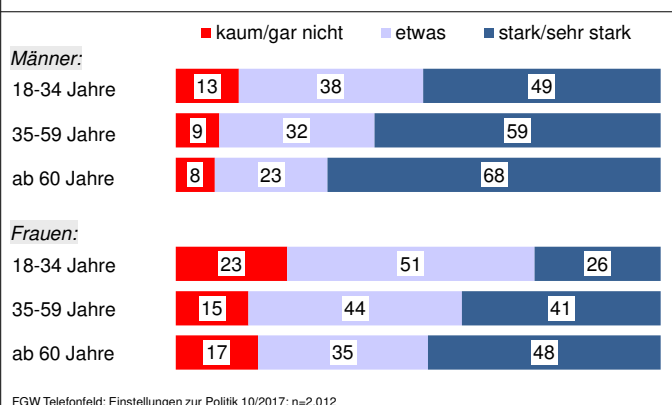
starke Interesse für Politik leicht unter dem republikweiten Durchschnittsniveau: Im gesamten dritten Quartal 2017 wie auch konkret Ende Oktober 2017, also während der Feldzeit zu dieser Studie, lag dieser methodisch vergleichbare Wert in den bundesweiten Politbarometer-Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen bei jeweils 57 %.

Im Detail ist die Intensität des geäußerten Interesses maßgeblich von Faktoren wie Geschlecht, Alter oder Schulabschluss bestimmt: Starkes oder sehr starkes Interesse bejahen 41 % der weiblichen Befragten, aber 60 % der Männer. Zudem wächst die Bedeutung politischer Themen im Großen und Ganzen parallel zum Alter oder zum formalen Bildungsniveau der Befragten. Entsprechend massive Diskrepanzen offenbart dann auch die Kombination der Faktoren Alter und Bildung: Während sich 85 % aller ab 60-jährigen Bayern mit Abitur oder höherem Bildungsabschluss stark für Politik interessieren, sind dies bei den unter 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife nur 27 %.

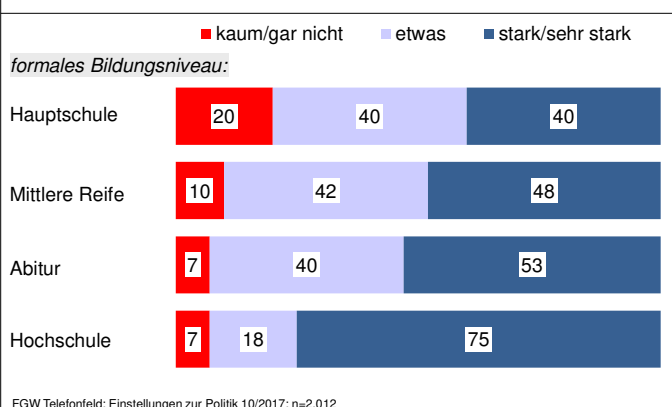
Interesse für Politik

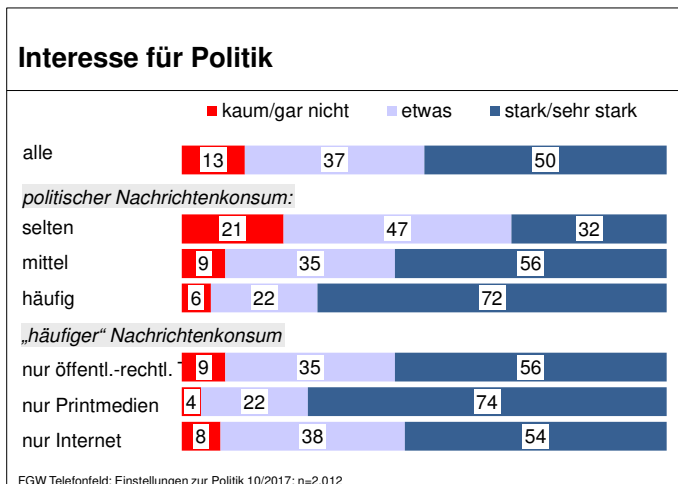


Interesse für Politik



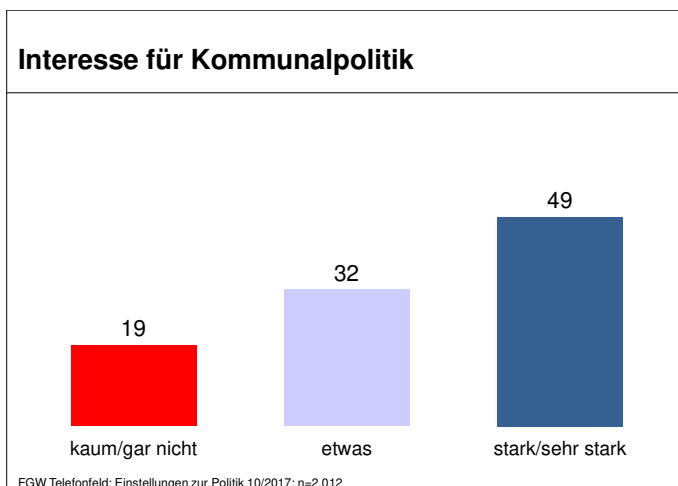
Interesse für Politik





Praktisch keine Unterschiede beim Politikinteresse sind zwischen Altbayern, Franken und Schwaben zu identifizieren. In Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, in denen weit überproportional viele Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen leben, interessieren sich deutlich mehr Menschen stark für Politik als in den kleinen

Gemeinden Bayerns. Unter Bürgerinnen und Bürgern, die häufig politische Nachrichten konsumieren, ist das Interesse naturgemäß besonders stark ausgeprägt. Im Detail setzen sich hier dann insbesondere diejenigen Befragten, die ihre Politikinformationen primär aus den Printmedien beziehen, durch starkes Politikinteresse ab. Was schließlich Parteisympathien betrifft, verfügen 61 % der Linke-nahen Befragten, 59 % der AfD-, 57 % der Grünen-, 57 % der FDP-, 54 % der Freie Wähler-, 52 % der SPD-, aber nur 46 % der CSU-nahen Befragten über ein entsprechend profiliertes politisches Interesse.

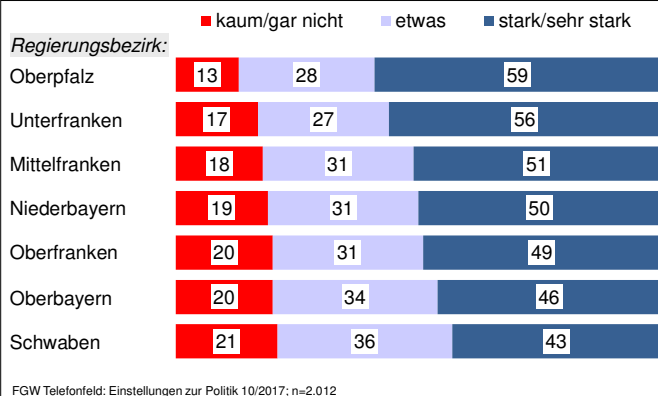


Das **Interesse für Kommunalpolitik** erreicht in Bayern ein ähnliches Niveau wie das Interesse für Politik insgesamt: Auch hier bekräftigt mit 49 % rund die Hälfte der Befragten starkes oder sehr starkes Interesse. Während das Alter genau wie beim allgemeinen Politikinteresse ganz offensichtlich viel Einfluss hat, spielt der Faktor

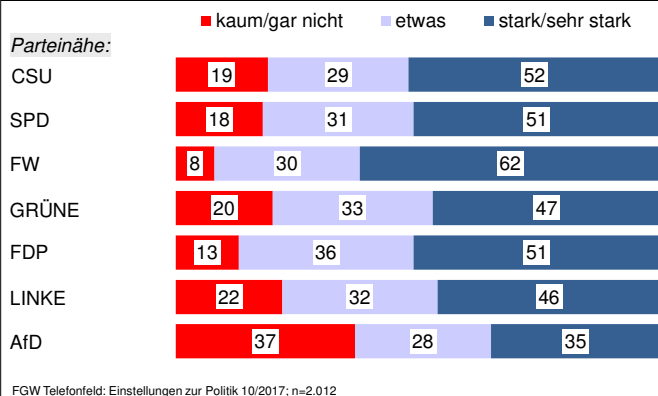
Bildung konträr zum generellen Politikinteresse nur eine nachgeordnete Rolle. Unterdurchschnittlich ausgeprägt ist das kommunalpolitische Interesse unter Befragten ohne Kinder und / oder unter Singles, wobei hier natürlich auch das Alter und individuelle Lebensphasen eine Rolle spielen.

Anders als beim Interesse für Politik ganz allgemein ist es beim kommunalpolitischen Interesse eher unerheblich, ob die Befragten in kleinen Ortschaften, kleineren bzw. größeren Städten oder in einer Großstadt wohnen. Etwas stärkere Abweichungen existieren zwischen den Regierungsbezirken: In der Oberpfalz und in Unterfranken geben überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger an, sich stark für Kommunalpolitik zu interessieren. In Schwaben liegt dieser Anteil etwas unter dem für ganz Bayern ermittelten Gesamtniveau. Mit Blick auf parteipolitische Präferenzen ist das kommunalpolitische Interesse unter vergleichsweise vielen AfD-nahen Befragten nur schwach ausgeprägt. In den Altersgruppen sind es die jüngsten Befragten, wo sich weit überproportional viele kaum oder gar nicht für das politische Geschehen in ihrer Stadt oder Gemeinde interessieren.

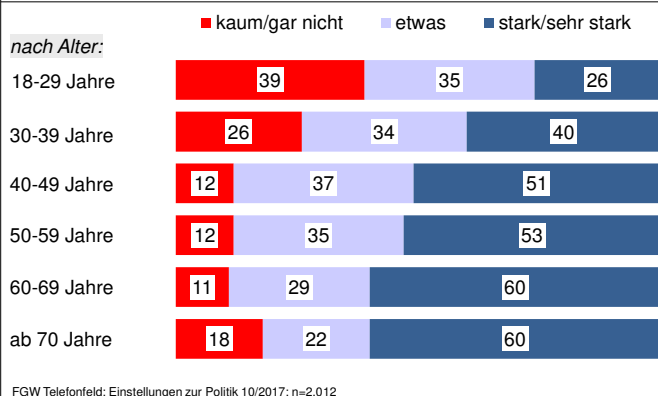
Interesse für Kommunalpolitik



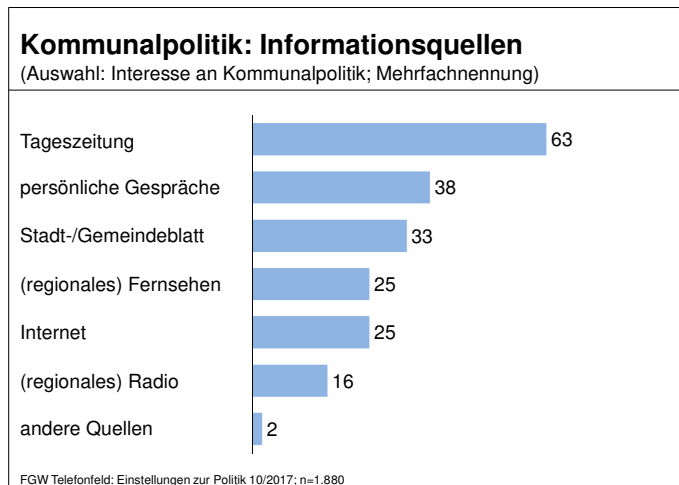
Interesse für Kommunalpolitik



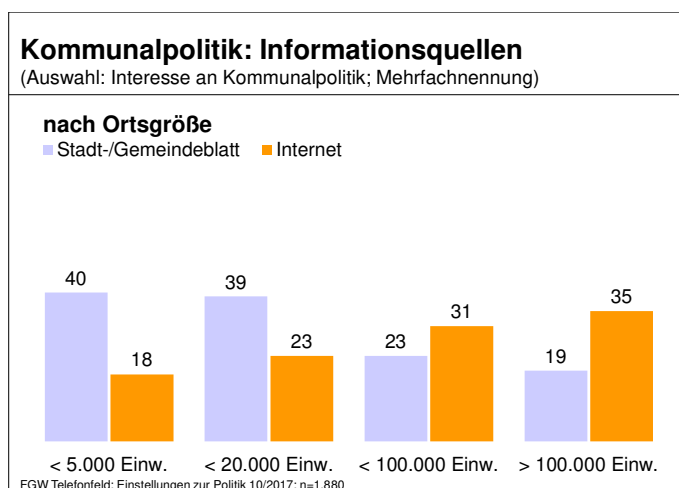
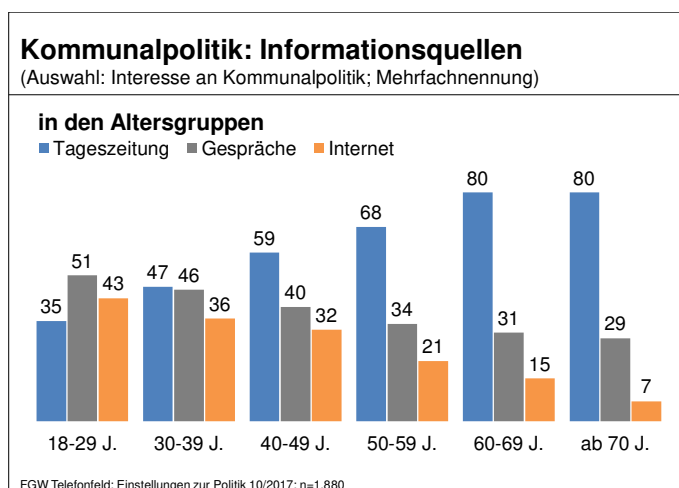
Interesse für Kommunalpolitik



1.3 Informationsverhalten Kommunalpolitik



Die Primärquelle für kommunalpolitische Neuigkeiten und Hintergründe aus persönlichen Gesprächen mit Verwandten, Freunden oder Bekannten beziehen. 33 % der Nennungen entfallen auf das Stadt- oder Gemeindeblatt als Informationsquelle, 25 % auf lokale oder regionale Fernsehsender, 25 % auf das Internet und 16 % auf regionale Radiosender.



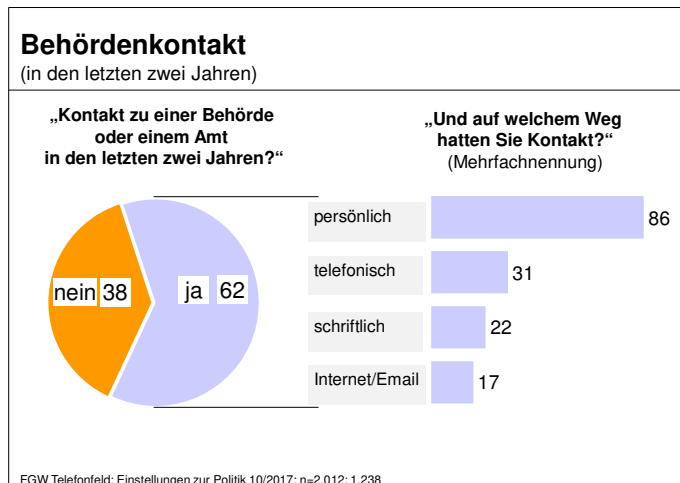
Die Primärquelle für kommunalpolitische Informationen ist in Bayern die Tageszeitung: Wenn sich diejenigen Befragten mit kommunalpolitischem Interesse über das lokale Geschehen informieren möchten, nutzen 63 % dafür eine Tageszeitung. Bei mehreren Antwortmöglichkeiten sagen weitere 38 % der Befragten, dass sie kommunalpolitische Neuigkeiten

aus persönlichen Gesprächen mit Verwandten, Freunden oder Bekannten beziehen. 33 % der Nennungen entfallen auf das Stadt- oder Gemeindeblatt als Informationsquelle, 25 % auf lokale oder regionale Fernsehsender, 25 % auf das Internet und 16 % auf regionale Radiosender. Dass die Tageszeitung die wichtigste Quelle für kommunalpolitische Neuigkeiten ist, liegt primär am Informationsverhalten älterer Menschen. Diejenigen unter 30-Jährigen, die sich zumindest etwas für das kommunale Geschehen interessieren, beziehen ihre Informationen häufiger aus persönlichen Gesprächen oder dem Internet. Das Stadt- oder Gemeindeblatt ist eine eher in kleineren Städten genutzte Option, wogegen sich Bürgerinnen und Bürger in größeren Städten verstärkt aus dem Internet mit kommunalpolitischen Informationen versorgen.

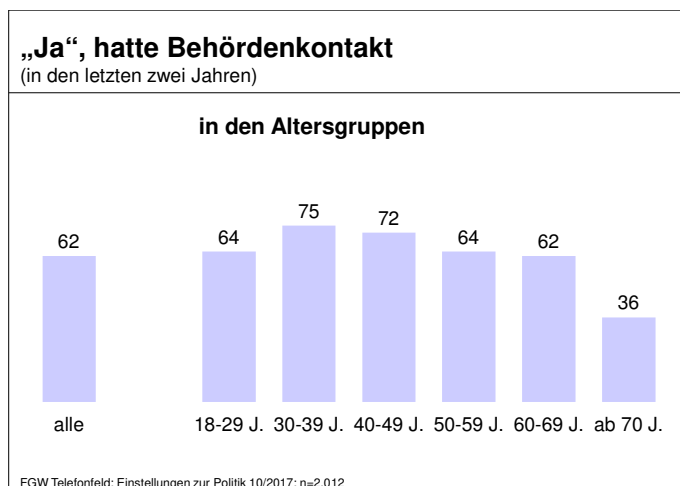
1.4 Behördenkontakt

62 % aller erwachsenen Bayern hatten in den letzten zwei Jahren **Kontakt zu einer Behörde** oder zu einem Amt, um etwas zu regeln oder um sich zu informieren. Die Kommunikation mit Behörden und Ämtern erfolgt dabei primär persönlich: Bei mehreren Antwortmöglichkeiten sagen 86 % der Befragten, die mit Behörden

oder Ämtern zu tun hatten, dass sie ihr Anliegen persönlich vorgetragen bzw. geregelt haben. Zwar nutzen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger auch telefonische, schriftliche oder elektronische Kontaktmöglichkeiten. Im Vergleich zur persönlichen Ebene sind dies aber klar nachgeordnete Optionen.

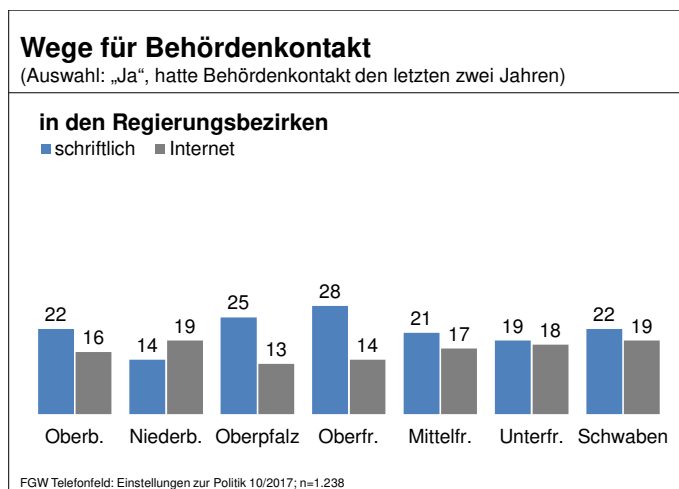
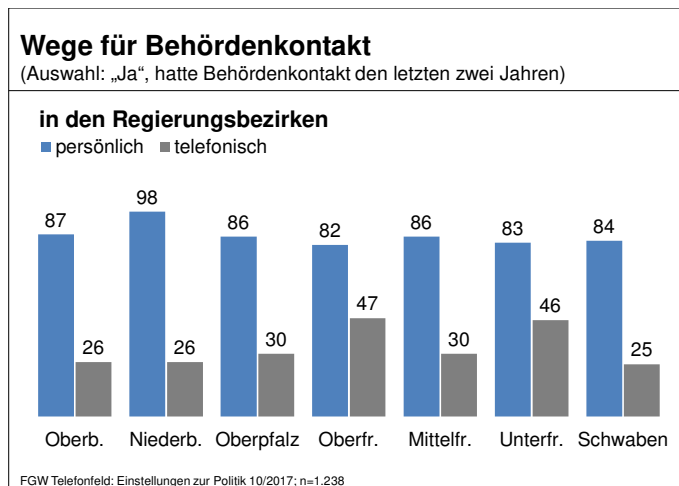


Überdurchschnittlich häufig Behördenkontakt hatten 30- bis 49-jährige Befragte. Weit aus seltener war dies bei den ab 70-Jährigen der Fall. Dass sie mit einer Behörde oder einem Amt in den letzten zwei Jahren zu tun hatten, sagen 67 % der Männer und 57 % der Frauen, wobei dieser geschlechtsspezifische Unterschied nur in der mitt-



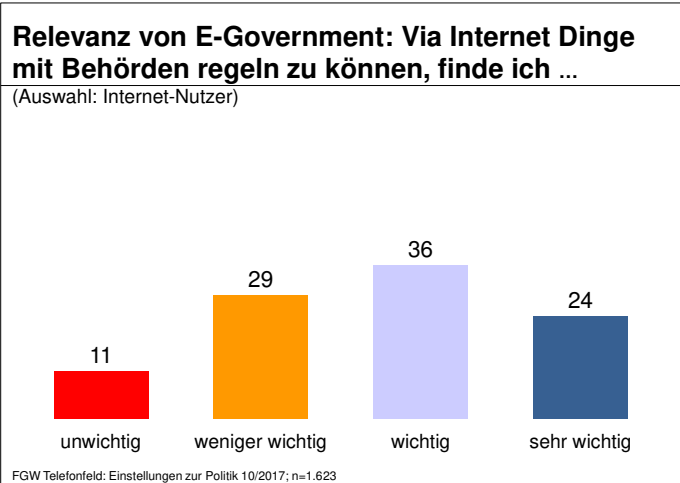
leren und älteren Generation existiert. Bei den 18- bis 34-jährigen Befragten hatten Männer und Frauen gleich häufig Behördenkontakt. 85 % der Befragten mit Hochschulabschluss, 74 % derjenigen mit Abitur, noch 63 % mit mittlerer Reife und nur 48 % derjenigen mit Hauptschulabschluss geben an, etwas mit dem Amt oder der Behörde geregelt bzw. nachgefragt zu haben. Diese sehr deutlichen Differenzen zwischen den Bildungsgruppen basieren aber partiell auch auf einem Generationeneffekt: Unter älteren Bürgerinnen und Bürgern, die grundsätzlich weit weniger häufig Kontakt zu Behörden haben als die Gesamtheit, sind hohe Bildungsabschlüsse relativ seltener.

Was die verschiedenen **Möglichkeiten zur Kommunikation mit Behörden** betrifft, gibt es auf der persönlichen Ebene keine großen geschlechts-, alters- oder wohnort-spezifischen Unterschiede: Gut vier von fünf Befragten in sämtlichen Altersgruppen sowie 87 % der Männer und 85 % der Frauen, die in den letzten zwei Jahren mit einem Amt oder einer Behörde zugange waren, hatten persönlich Kontakt. „Persönlich“ sagen außerdem 87 % der Rentner und 87 % der Berufstätigen, 86 % der Befragten mit Kindern und 88 % derjenigen ohne Kinder sowie 86 % der Befragten in kleinen Gemeinden und 85 % in den bayerischen Großstädten.

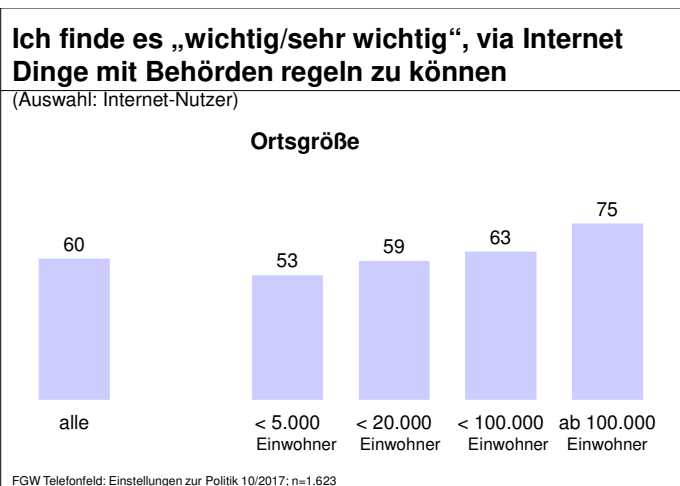
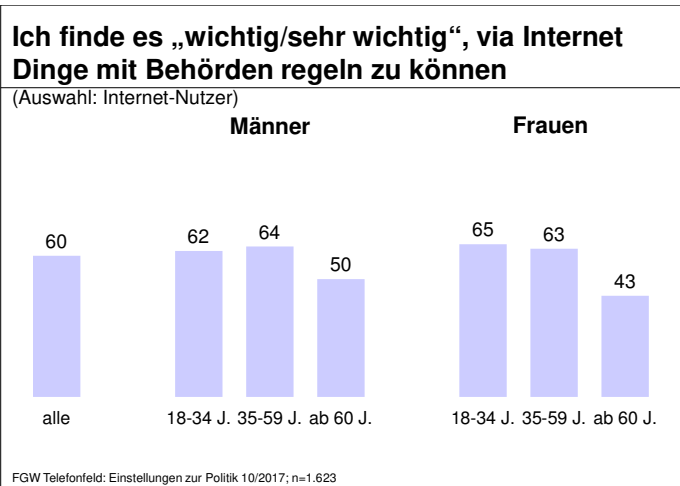


Speziell in Niederbayern liegt der Anteil der persönlichen Kommunikation mit Amts- bzw. Behördenvertretern mit 98 % nochmals über dem hohen Gesamtschnitt. Der schriftliche Austausch kommt mit 14 % der Nennungen in diesem Regierungsbezirk relativ selten vor. In Oberfranken und Unterfranken hatten mit 47 % bzw. 46 % sichtbar überdurchschnittlich viele Menschen in den letzten zwei Jahren telefonischen Kontakt mit Ämtern oder Behörden, bei den schriftlichen Kontakten liegt Oberfranken ebenfalls über dem Schnitt. Bei der elektronischen Kommunikation via Internet bzw. Email sind die Differenzen im Nutzungsverhalten zwischen den Regierungsbezirken sehr gering. Grundsätzlich wird das Internet zur Verständigung mit den Behörden in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern etwas häufiger genutzt. Die Bewohner von kleineren Städten mit maximal 20.000 bzw. von kleinen Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern unterscheiden sich hier nicht von der Gesamtheit. Beim Altersgruppenvergleich liegen bei der elektronischen Kommunikation nur die ab 70-Jährigen deutlich unter dem Schnitt. Allerdings ist in dieser Generation die Nutzung des Internets ganz allgemein noch alles andere als Standard (vgl. Kap. 3.3).

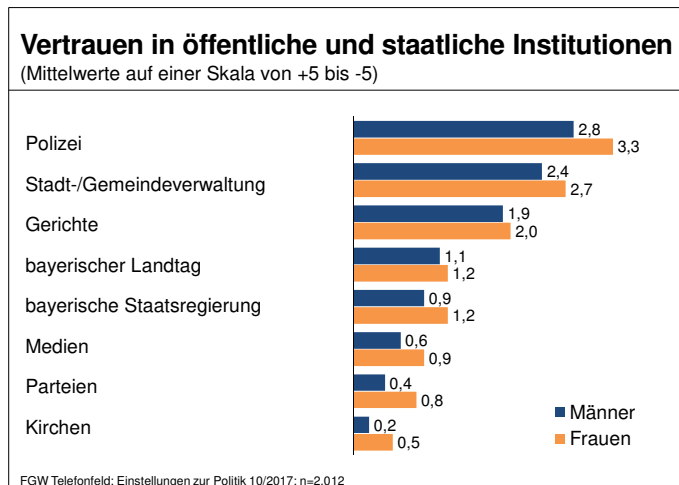
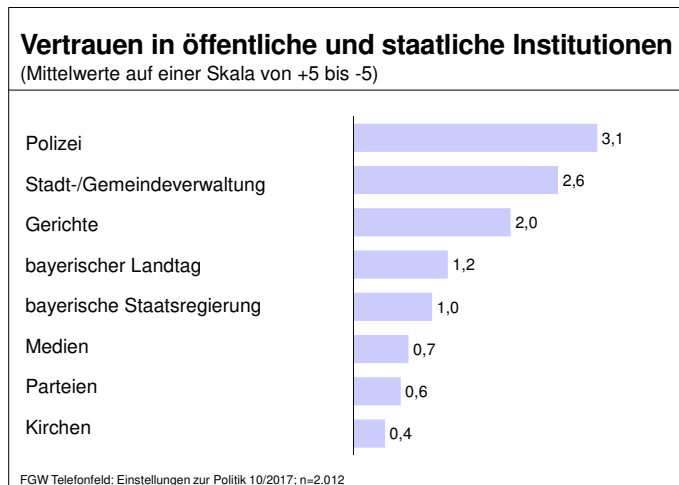
Bei der **Relevanz von E-Government-Angeboten** gehen die individuellen Bedürfnisse in Bayern weit auseinander: Unter denjenigen Befragten, die das Internet nutzen, ist es für zusammengenommen 60 % persönlich wichtig (36 %) oder sehr wichtig (24 %), dass man möglichst viele Dinge mit Behörden und Ämtern über das Internet regeln kann. Für insgesamt 40 % ist das weniger (29 %) oder überhaupt nicht relevant (11 %).



Grundsätzlich messen jüngere Menschen der Möglichkeit, mit Behörden oder Ämtern via Internet kommunizieren zu können, deutlich mehr Gewicht zu als die Älteren. In Großstädten ist der individuelle Bedarf ungleich höher als in den kleinen Gemeinden Bayerns; zwischen den Regionen Altbayern, Franken und Schwaben gibt es bei der Relevanz insgesamt nur geringe Unterschiede. Und während nur für die Hälfte der Befragten, die täglich bis zu einer Stunde das Internet nutzen, elektronischer Kontakt zu den Behörden wichtig wäre, sind dies unter Bürgerinnen und Bürgern mit täglich mehrstündiger Internet-Nutzung rund drei Viertel der Befragten.



1.5 Institutionenvertrauen



In Bayern haben die allermeisten Menschen hohes Vertrauen in die öffentlichen Institutionen Polizei, Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung sowie in die Gerichte. Als klar vertrauenswürdig werden zudem der bayerische Landtag und die bayerische Staatsregierung eingestuft, wobei diese beiden Verfassungsorgane partiell bereits stärker polarisieren. Etwas mehr Distanz gibt es – trotz grundsätzlich positiver Einschätzung – gegenüber den Medien, den Parteien und den Kirchen, die in den verschiedenen demographischen, sozialen und politischen Gruppen im Detail dann häufiger eine sehr differenzierte Wertschätzung erfahren. Für praktisch alle Einrichtungen

gilt hierbei der Basistrend, dass Frauen, Befragte mit starken Bindungen an das Land Bayern oder Bürgerinnen und Bürger, die intensiv politische Nachrichten konsumieren, fast durchweg überproportional viel Vertrauen entwickeln. Distanzierter als in der Gesamtheit werden die verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen dagegen von Befragten mit politischen Sympathien zur Linken gesehen. Annähernd durchweg besonders kritisch sind AfD-nahe Befragte.

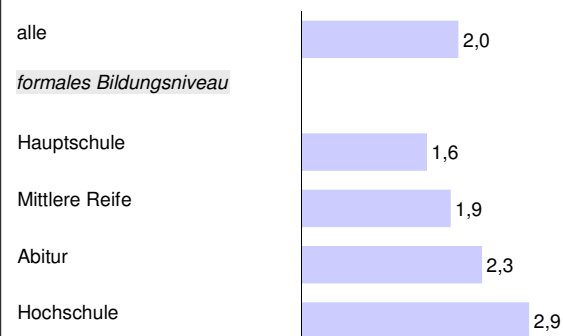
Auf einer Skala von +5 bis -5, mit deren Hilfe die Befragten abgestuft sehr hohes bis sehr geringes Vertrauen gegenüber Institutionen äußern können, erreicht die Polizei den hervorragenden Wert 3,1. Grundlage für dieses sehr hohe Durchschnittsniveau ist ein ungewöhnlich breiter Konsens quer durch alle Bevölkerungsgruppen: Was das Vertrauen in die **Polizei** betrifft, gibt es zwischen den unterschiedlichen Generationen, den verschiedenen Bildungs- oder Berufsgruppen, den einzelnen Landesteilen oder zwischen Groß- und Kleinstadtbewohnern keine wirklich sichtbaren Einstellungsunterschiede. Außerdem ist es beim hohen Gesamtvertrauen in die Polizei weitgehend irrelevant, ob die Befragten bei aktuellen Themen eher traditionell-konservative oder eher moderne Positionen besetzen oder ob sie sich selbst politisch eher rechts, in der Mitte oder links einordnen.

Ein ähnlich ausgeglichen-positives Vertrauensverhältnis haben Bayerns Bürgerinnen und Bürger zur **Stadt- oder Gemeindeverwaltung**: Auf der +5/-5-Skala bei durchschnittlich sehr guten 2,6 existieren in den sozialen und demographischen Gruppen gegenüber dieser Institution ebenfalls kaum nennenswerte Niveauunterschiede. So kommt das Alter oder das formale Bildungsniveau beim Vertrauen in die Stadt- oder Gemeindeverwaltung ebenso wenig zum Tragen wie die Wohndauer in Bayern oder der Regierungsbezirk. In kleinen Städten und Gemeinden mit unter 5.000 Einwohnern ist das Vertrauen mit 2,8 nochmals höher als in den Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern mit dem – ebenfalls klar positiven – Wert 2,3. Außerdem ist die Rückmeldung unter kommunalpolitisch stark interessierten Bürgerinnen und Bürgern nochmals deutlich besser als unter denjenigen Befragten, die sich kaum oder gar nicht für das Geschehen in ihrem Wohnort interessieren (2,8 bzw. 2,0). Ob man in den letzten zwei Jahren selbst einmal Behördenkontakt hatte, ist beim Vertrauen in die Stadt- oder Gemeindeverwaltungen hingegen irrelevant. Die Faktoren politische Traditionalität oder politische Links-Rechts-Verortungen spielen beim Vertrauen in die Stadt- oder Gemeindeverwaltung ebenfalls keine Rolle, wohl aber parteipolitische Sympathien: Mit nur 1,2 urteilen AfD-nahe Befragte auf der +5/-5-Skala weitaus weniger positiv als die Befragten in ausnahmslos allen anderen politischen Lagern, wo die Abweichungen zum sehr guten Durchschnittswert von 2,6 durchweg nur wenige Zehntel Skalenpunkte ausmachen.

Besonders massiv sind die Einstellungsunterschiede zwischen AfD-nahen Befragten und der Gesamtheit beim Vertrauen in die **Gerichte**: Mit nur -0,1 urteilen AfD-nahe Befragte hier gut zwei volle Skalenpunkte unter dem landesweiten Durchschnittsniveau von klar positiven 2,0. Darüber hinaus variieren die Meinungen zu den Gerichten

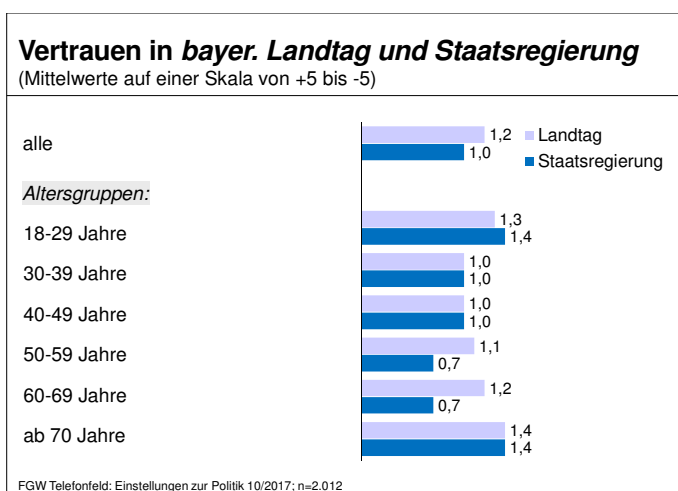
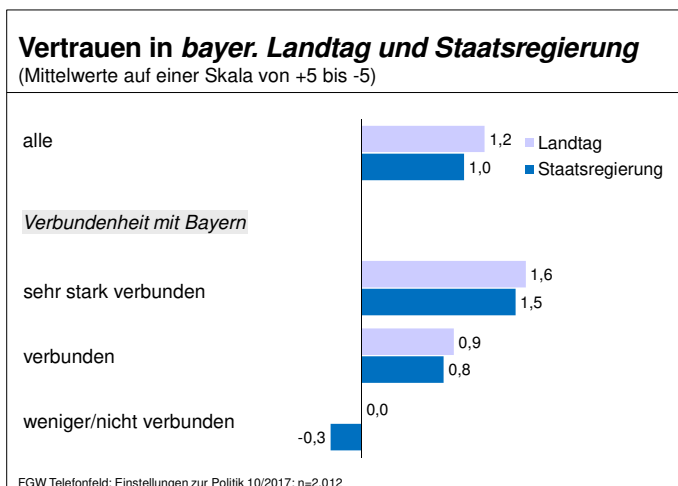
Vertrauen in die Gerichte

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)



FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012

aber auch in manchen demographischen und sozialen Gruppen erheblich stärker als bei der Polizei oder der Stadt- oder Gemeindeverwaltung: Unter 30-Jährige haben in die Gerichte ein deutlich höheres Vertrauen als die Generation 60plus. Außerdem wächst das Vertrauen mit dem Anstieg des formalen Bildungsniveaus der Befragten stark an, Angestellte und Beamte vertrauen den Gerichten nochmals sichtbar stärker als Selbstständige. Schließlich vergeben politisch stark interessierte und hoch informierte Bürgerinnen und Bürger weitaus bessere Noten als Befragte mit geringem Politikinteresse bzw. mit nur schwacher Rezeption politischer Nachrichten.



Grundsätzlich positiv, wenn auch deutlich unter dem Niveau von Polizei, Gerichten und kommunaler Verwaltung, gestaltet sich das Vertrauensverhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum **bayerischen Landtag**: Auf der +5/-5-Skala bei insgesamt 1,2 gibt es anders als bei den Gerichten nur geringe altersspezifische und praktisch keine bildungsspezifische Differenzen. Während die Wohndauer in Bayern bei der Bewertung offensichtlich keinen Einfluss besitzt, ist ein zentraler Faktor die Verbundenheit mit Bayern: Unter Befragten mit starken Bindungen an den Freistaat genießt das Landesparlament eine wesentlich höhere Wertschätzung als unter Befragten, die sich

weniger oder gar nicht mit Bayern identifizieren. Maßgeblich ist schließlich auch das politische Interesse und das politische Rezeptionsverhalten: Je stärker sich Bürgerinnen und Bürger für Politik interessieren und je häufiger sie politische Nachrichten konsumieren, desto höher ist das Vertrauen in das bayerische Landesparlament. Relevant sind hierbei allerdings auch die Quellen: Erfolgt die Informationsbeschaffung primär im Internet, ist das Bild vom Landtag weit weniger positiv als unter Befragten, die politische Nachrichten häufiger aus öffentlich-rechtlichen Sendern bzw. klassischen Tageszeitungen beziehen.

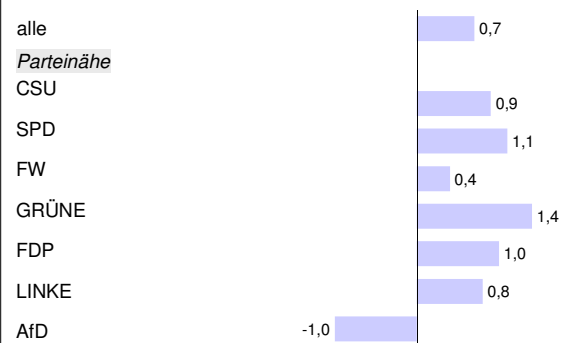
Ähnliche Trends bezüglich des politischen Informationsverhaltens gibt es bei der Bewertung der **bayerischen Staatsregierung**: Auch hier ist das Vertrauen unter den Konsumenten klassischer Medien höher als unter denjenigen Befragten, die ihre politischen Informationen vor allem aus dem Internet beziehen. Weniger wichtig als beim Landtag ist beim Vertrauen in die Staatsregierung allerdings das politische Interesse ganz allgemein wie auch das Ausmaß des Nachrichtenkonsums: Politisch weniger interessierte oder informierte Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Staatsregierung in ähnlichem Umfang wie die – nach eigenen Angaben – hochinteressierten Befragten bzw. diejenigen, die häufig Politiknachrichten verfolgen. Bei allen unter 30-jährigen sowie den ab 70-jährigen Bayern liegt das Vertrauen deutlich über dem Schnitt, die 50- bis 69-Jährigen begegnen der obersten Exekutivbehörde sichtbar kritischer. Beim Blick auf die Regierungsbezirke ist das Regierungsvertrauen in Schwaben mit 1,4 höher als in Niederbayern (1,2) oder der Oberpfalz (1,2), in Mittelfranken (1,0) entspricht die Bewertung dem landesweiten Durchschnittsniveau, in Oberbayern (0,9) und Unterfranken (0,9) liegen marginal unter diesem Schnitt, etwas mehr Abstand gibt es ausschließlich in Oberfranken (0,7). Letztlich korreliert das Vertrauen in die Staatsregierung erwartungsgemäß massiv mit parteipolitischen Präferenzen: Unter CSU-nahen Befragten ist dies mit 2,0 deutlich höher als unter Befragten mit entsprechender Nähe zu SPD (0,4), Freien Wählern (1,0), Grünen (0,5), FDP (0,9), Linke (-0,6) oder AfD (-0,4).

Beim Vertrauen in die – an dieser Stelle noch nicht weiter spezifizierten – **Medien** fallen in Bayern vor allem Grüne- und AfD-nahe Befragte aus dem Rahmen, wenngleich auf höchst unterschiedliche Weise: Im Grünen-Lager ist die Einschätzung weit überproportional positiv, wogegen AfD-Sympathisanten den Medien mit

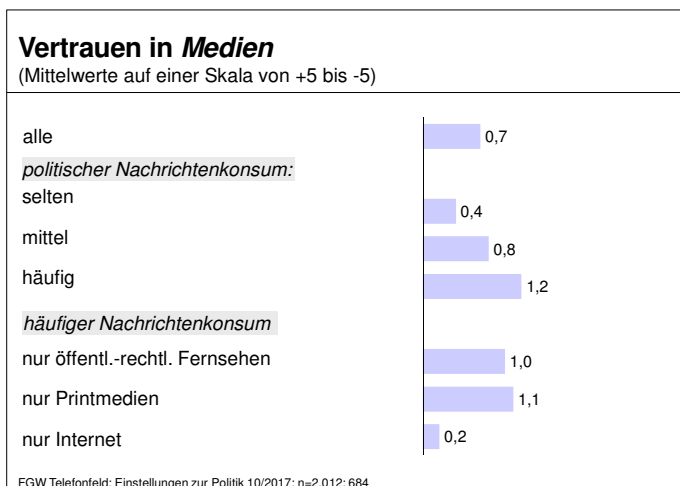
grundsätzlich hohem Misstrauen begegnen. In der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung erreichen die Medien auf der +5/-5-Skala den Gesamtwert 0,7. Während hierbei in den Altersgruppen ausschließlich die ältesten Befragten nach oben abweichen – mit 1,4 signalisieren die ab 70-jährigen besonders hohes Vertrauen –, sind speziell die 35- bis 59-jährigen Männer (0,3) den Medien gegenüber reserviert eingestellt. In Großstädten mit über 100.000 Einwohnern schaffen die Medien mit 1,2 erheblich bessere Vertrauenswerte als in den kleinen, bis zu 5.000 Einwohnern zählenden Gemeinden; in Schwaben (0,5) ist die Distanz deutlich stärker als in Mittelfranken (1,1) oder in der Oberpfalz (1,2).

Vertrauen in Medien

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

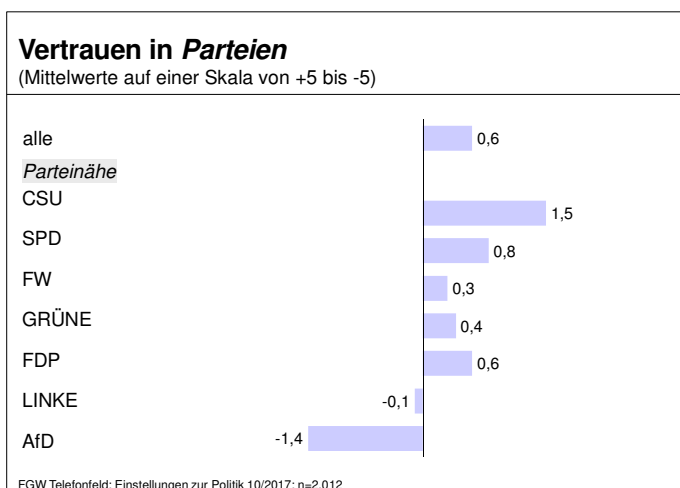


FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012



Maßgeblich abhängig sind die Einstellungen gegenüber den Medien ganz offensichtlich auch vom individuellen Informationsverhalten: Bürgerinnen und Bürger, die aus den Medien eher selten politischen Content beziehen, halten die Medien insgesamt für weitaus weniger vertrauenswürdig als Befragte mit intensivem Nachrichtenkonsum.

Unter diesen Intensiv-Rezipienten hochrelevant sind dann allerdings die genutzten Informationskanäle: Konträr zu einem positiven Vertrauensverhältnis unter Bürgerinnen und Bürgern, die ihre politischen Informationen häufiger via Tageszeitung, Wochenmagazin oder Fernsehen beziehen, ist das Basisvertrauen dann sehr schwach unter denjenigen Personen, die häufig politische Nachrichten im Internet lesen. Schließlich zeigt der Faktor Internet auch entkoppelt von der Intensität politischen Nachrichtenkonsums oder den möglichen anderen Quellen ganz erhebliche Wirkung: Befragte, die überhaupt kein Internet nutzen – in Bayern ist dies immerhin knapp jeder fünfte Erwachsene (vgl. Kap. 3.3) –, vertrauen den Medien weitaus stärker als diejenigen, die täglich viele Stunden im Netz verbringen, wobei hier natürlich auch Generationeneffekte und das hohe Medienvertrauen der älteren, weit überdurchschnittlich oft offline lebenden Generation zum Tragen kommen.



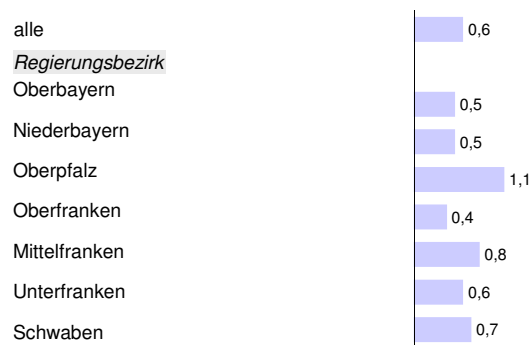
Was das Vertrauen in verschiedene Einrichtungen betrifft, werden die **Parteien** in ihrer Gesamtheit mit 0,6 auf der +5/-5-Skala knapp hinter den Medien verortet. Nochmals stärker als bei den Medien polarisieren die Parteien zwischen den politischen Lagern. Wie bei sämtlichen anderen Institutionen sind AfD-nahe Befragte hier weit-

aus kritischer als die anderen politischen Gruppen. Das mit Abstand stärkste Vertrauen haben – auch im Vergleich zu praktisch allen sonstigen sozialen und demographischen Gruppen – Bürgerinnen und Bürger, denen als Partei die CSU am besten gefällt.

Anders als bei den Medien, denen politisch eher links denkende Bayern deutlich mehr Vertrauen entgegenbringen als Befragte mit einer eher rechten Selbstverortung, spielt diese individuelle Links-Rechts-Dimension bei den Parteien in ihrer Gesamtheit überhaupt keine Rolle. Relevant sind vielmehr Faktoren wie Politikinteresse, Verbundenheit oder Wohngegend: Befragte, die sich wenig für Politik interessieren oder sich dem Land Bayern schwach verbunden fühlen, haben nur wenig Vertrauen in die Parteien. Außerdem ist dieses Grundgefühl in der Oberpfalz deutlich stärker ausgeprägt als in Oberbayern, Niederbayern oder in Oberfranken. In den Altersgruppen sinkt das Vertrauen in die Parteien zunächst kontinuierlich von 0,9 bei den 18- bis 29-Jährigen auf 0,2 bei den 50- bis 59-Jährigen. Bei den 60- bis 69-Jährigen steigt der Vertrauenswert dann auf mäßig positive 0,5 und erreicht erst in der Generation 70plus mit 1,2 klar überproportional hohes Niveau.

Vertrauen in Parteien

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

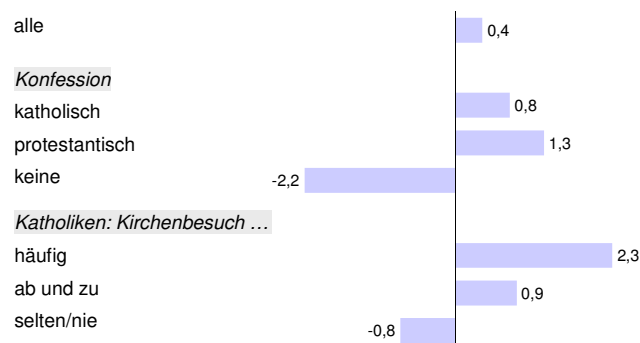


FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012

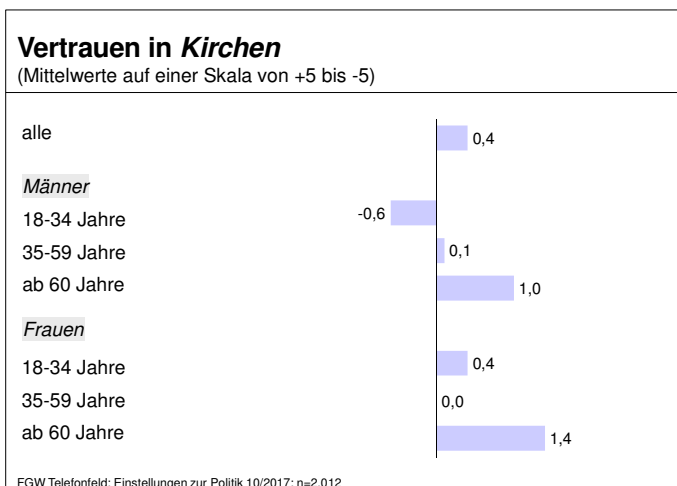
Keine Institution polarisiert in Bayern stärker als die **Kirchen**. Mit einem insgesamt schwachen Vertrauenswert von 0,4 gehen die Meinungen zu dieser Einrichtung in der Bevölkerung im Detail dann weit auseinander. Naturgemäß vertrauen Katholiken und Protestanten den Kirchen zunächst einmal deutlich stärker als konfessionslose Befragte, wobei bei den Angehörigen der beiden großen Konfessionsgruppen der Faktor Kirchengangshäufigkeit zu klaren Einstellungsunterschieden führt: Während regelmäßige katholische Kirchgänger hohes Vertrauen mitbringen, sehen Befragte, die nur selten bzw. nie einen Gottesdienst besuchen, aber formell dennoch der katholischen Kirche angehören, die Institution Kirche ausgesprochen kritisch.

Vertrauen in Kirchen

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)



FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012; 1.064



Den Kirchen skeptisch-distanziert gegenüber treten – unabhängig von konfessionellen Bindungen – unverheiratete Paare auf, Befragte ohne Kinder sowie Bürgerinnen und Bürger, die bei den aktuellen Themen Integration, Energiewende, Ganztagsbetreuung oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften unterm Strich liberalere

Positionen einnehmen. Dass der Vertrauenswert für Kirchen auf der +5/-5-Skala in Bayern überhaupt leicht positiv ausfällt, begründet sich vor allem mit CSU-nahen Befragten sowie den Haltungen der älteren Generation. Während Befragte mit Nähe zur Linken (-0,7) und zur AfD (-1,7) die Kirchen klar negativ verorten, und Befragte mit Nähe zur SPD (0,4), Freien Wählern (0,2), Grünen (0,0) oder FDP (0,1) wenig Vertrauen haben, bewerten Befragte mit primärer CSU-Nähe die Kirchen mit guten 1,0. Außerdem steht einer eher geringen Wertschätzung bei allen unter 60-jährigen Befragten in der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen der Skalenwert 0,6 gegenüber. Bei den ab 70-Jährigen erreichen die Kirchen sogar den Vertrauenswert 1,7.

2. Aktuelle Themen

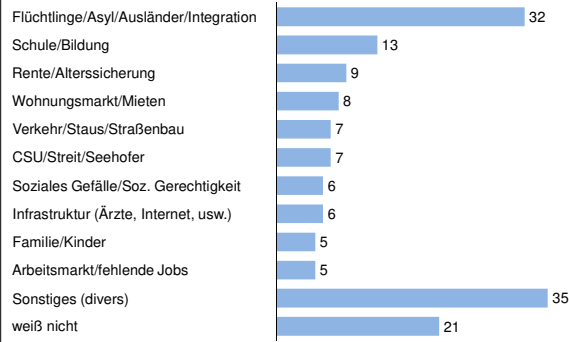
2.1 Wichtigste Probleme in Bayern

Wenn auch mit weniger Nachdruck als in Deutschland insgesamt, heißt das beherrschende Thema in Bayern „Ausländer, Integration, Flüchtlinge und Asyl“. 32 % aller Nennungen entfallen auf diesen Themenbereich, wenn die Befragten die beiden wichtigsten Probleme im Freistaat benennen sollen. Im Bund lag der entsprechende Wert Ende Oktober 2017 bei 46 % (Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Oktober II 2017, KW 43).

Mit Abstand folgen dann auf Bayerns Agenda die Themen Schule / Bildung (13 % aller Nennungen), Rente / Alterssicherung (9 %), Wohnungsmarkt / Mieten (8 %), Verkehr / Verkehrsprobleme (7 %), CSU / Zustand der CSU / Personaldebatte (7 %), Gerechtigkeit / soziales Gefälle / Arm-Reich (6 %), Infrastrukturdefizite (Ärztmangel / Internet / Geschäfte) (6 %), Familie / Kinder / Kinderbetreuung (5 %) sowie Arbeitsmarkt / Jobs (5 %). Weitere 35 % aller Antworten entfallen auf diverse weitere Themen, die im Einzelnen aber durchweg im niedrigen einstelligen Bereich angeführt werden. 21 % aller Befragten können oder wollen sich bei der Frage nach den wichtigsten Problemen in Bayern nicht äußern.

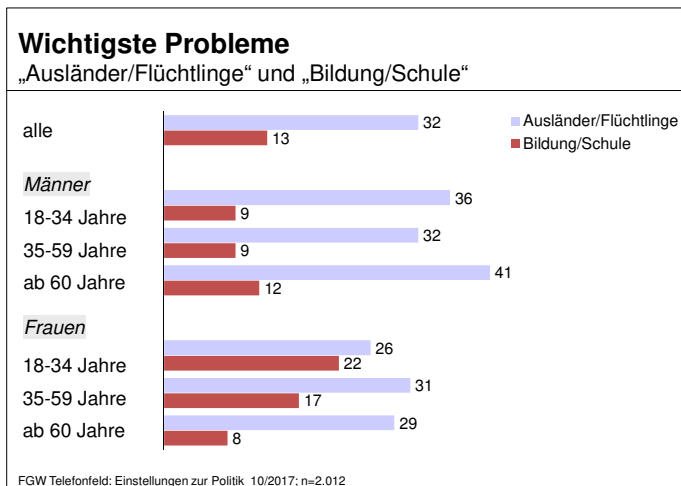
Wichtigste Probleme in Bayern

(max. zwei Nennungen)



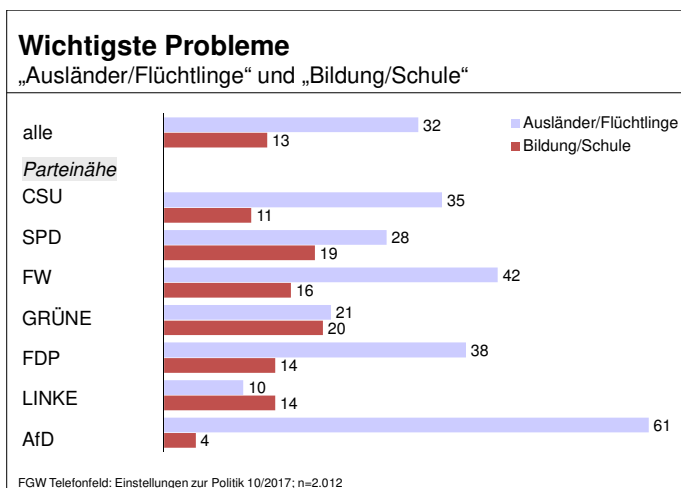
FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012

Mit Blick auf einzelne demographische, soziale oder politische Gruppen gilt der Bereich Ausländer, Integration, Flüchtlinge und Asyl zwar fast überall als Top-Thema. Im Detail variiert die Relevanz dann aber mitunter massiv. Ältere Männer sehen hierin weitaus häufiger Bayerns größtes Problem als jüngere Frauen, die dagegen weit überproportional häufig Bildung und Schule sowie das Thema Familie als für das Land relevant klassifizieren. In Niederbayern und der Oberpfalz besitzt der Bereich Ausländer und Flüchtlinge mehr Gewicht als in Mittelfranken oder Schwaben. Daneben sehen Befragte, die von Geburt an in Bayern leben oder die Bayern stark verbunden sind, im Bereich Ausländer und Flüchtlinge sichtbar häufiger ein Problem als die in den letzten Jahren neu zugezogenen Wahlberechtigten oder Bürgerinnen und Bürger mit nur schwachen Bindungen an den Freistaat.



Nachdem das Ausländer-Thema in seiner Tragweite weitgehend unabhängig vom eigenen Schulabschluss als Problem identifiziert wird, gibt es beim Thema Bildung und Schule ganz erhebliche alters- und bildungsspezifische Differenzen: Dass sie darin für Bayern ein großes Problem sehen, sagen nur sehr wenige Befragte mit

niedrigeren Schulabschlüssen aus der jüngeren sowie der mittleren Generationen. Stark abweichend hierzu ist für weit überproportional viele unter 60-Jährige mit höherem formalem Bildungsniveau das Thema Bildung und Schule eine für Bayern zentrale Angelegenheit, die hier annähernd so problematisch eingestuft wird wie das Ausländer- bzw. Flüchtlingsthema.

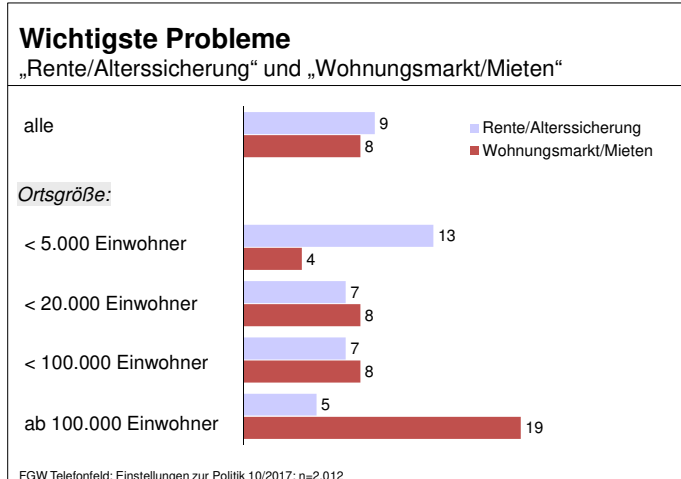


Signifikante Diskrepanzen in der individuellen Rezeption von Problemen offenbart schließlich der Faktor Parteinähe: Während CSU-nahe Befragte bei den beiden Top-Themen noch nahe an der Gesamtheit liegen, entwickelt der Bereich Ausländer und Flüchtlinge im AfD-Lager höchste Bedeutung, Schule und Bildung spielen

für diese Befragten-Gruppe eine untergeordnete Rolle. Dagegen sehen lediglich 10 % bzw. 21 % derjenigen Befragten, denen als Partei ganz allgemein die Linke bzw. die Grünen am besten gefallen, im Bereich Ausländer, Integration, Flüchtlinge und Asyl das wichtigste Problem Bayerns. Dagegen haben unter Linke-affinen Befragten der Bereich Gerechtigkeit/soziales Gefälle / Arm-Reich sowie der Bereich Gesundheit überproportional viel Gewicht. Unter Grünen-affinen Befragten werden besonders häufig Bildung und Schule, das soziale Gefälle sowie Familie und Kinder als für Bayern vorrangige Probleme definiert.

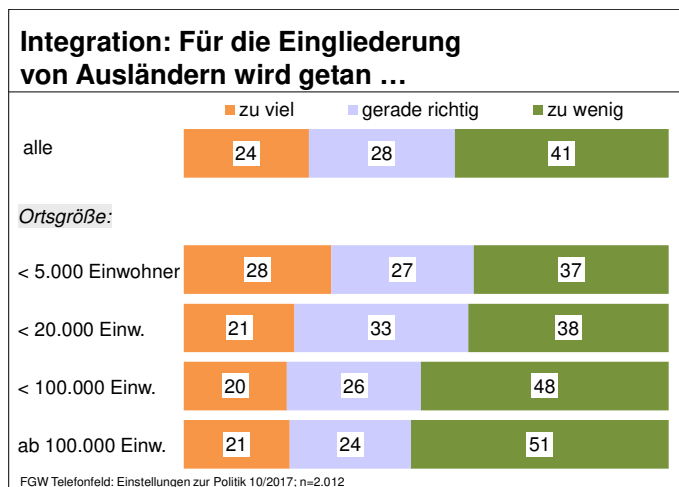
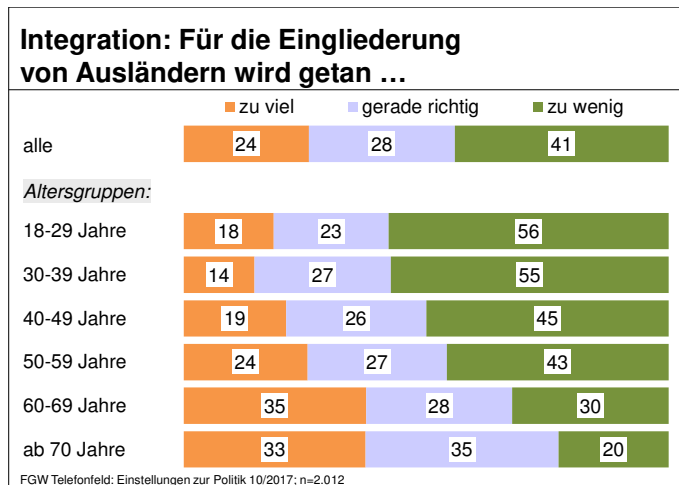
Das Thema Rente und Alterssicherung beschäftigt naturgemäß etwas stärker die ältere Generation und hier insbesondere die ab 60-jährigen Frauen. Dass im Bereich Wohnungsmarkt und Mieten eines der beiden wichtigsten Probleme Bayerns liegt, meinen weit überdurchschnittlich viele formal höher gebildete Befragte aus den mittleren

Altersgruppen, zugezogene Bürgerinnen und Bürger sowie die Bewohner von Großstädten. Großstadtbewohner benennen außerdem den Verkehr als eine der beiden größten Herausforderungen Bayerns, der – unabhängig vom Faktor Ortsgröße – in den Regierungsbezirken Schwaben und Oberbayern deutlich häufiger als Problem gesehen wird als in Niederbayern und Oberfranken.



2.2 Integration von Ausländern

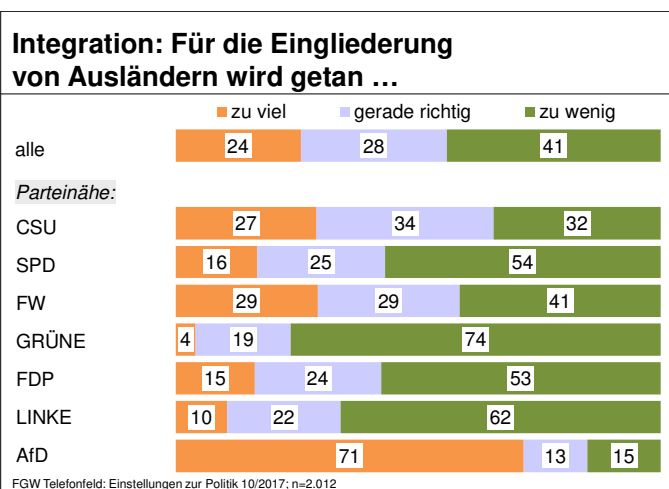
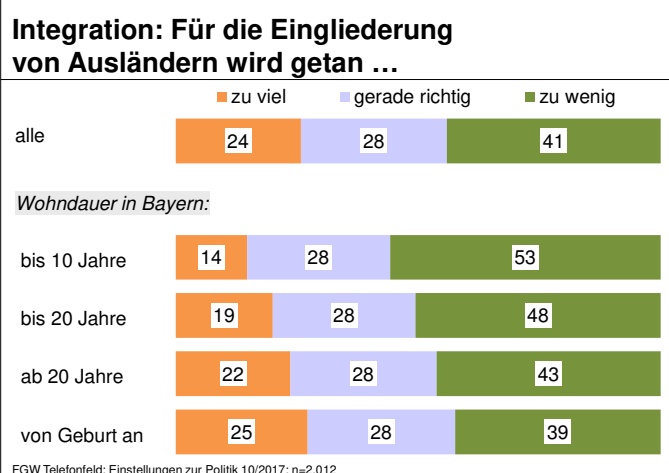
Wenn es ganz allgemein um die Eingliederung von Ausländern geht, wird nach Ansicht von 24 % aller erwachsenen Bayern „zu viel“ und für eine relative Mehrheit von 41 % „zu wenig“ getan, 28 % sagen in diesem Kontext „gerade richtig“. Weitere 7 % wollen oder können bei dieser Frage zur Integration von Ausländern – ganz allgemein formuliert und ohne Bezug auf bestimmte Ebenen, spezifische Institutionen oder konkrete Maßnahmen – keine Position beziehen.



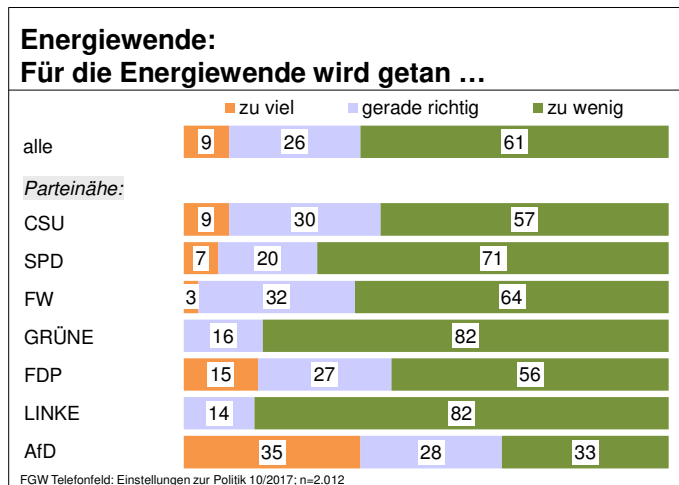
Nachdem die Eingliederung von Ausländern insgesamt sehr kontrovers diskutiert wird, gehen die Meinungen in dieser Sache dann auch in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen außerordentlich weit auseinander. So sinkt die Auffassung, es werde „zu wenig“ getan, parallel mit dem Alter rapide ab: Während gut die Hälfte aller unter 40-jährigen Befragten zu geringe Integrationsbemühungen reklamiert, ist dies bei den ab 70-Jährigen gerade noch ein Fünftel. „Zu wenig“ sagen außerdem 23 % aller Rentner und 47 % aller Berufstätigen oder 36 % der Befragten mit und 54 % derjenigen ohne Kinder. Für rund ein Viertel der Befragten mit Hauptschulabschluss,

aber für knapp zwei Drittel derjenigen mit Abitur oder Hochschulabschluss wird bei der Integration „zu wenig“ getan. Schließlich existieren selbst erhebliche konfessionsbezogene Differenzen: Während 35 % der katholischen und 42 % der evangelischen Befragten meinen, für die Eingliederung von Ausländern werde „zu wenig“ getan, sind dies unter konfessionslosen Befragten mit 57 % deutlich mehr, wobei hier wie auch bei den zuvor beschriebenen Faktoren Bildung oder Berufstätigkeit generationsbedingte Effekte eine größere Rolle spielen dürften.

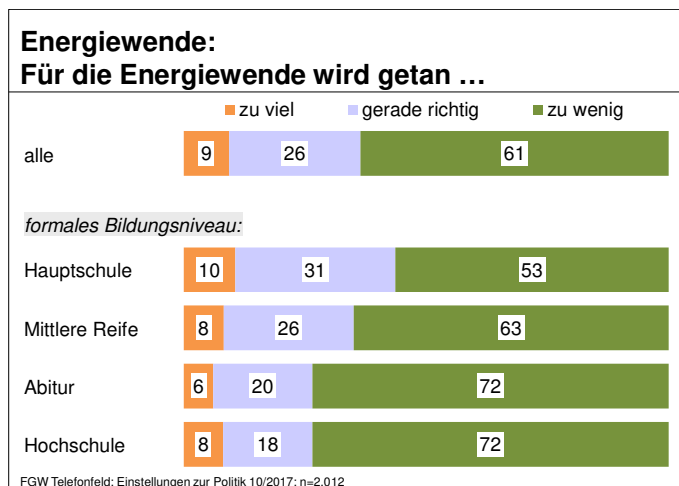
Deutliche Zusammenhänge zeigt beim Thema Integration das politische Interesse der Menschen in Bayern: Die Auffassung, wonach „zu viel“ für die Eingliederung von Ausländern getan wird, vertreten 19 % der politisch stark interessierten Befragten, 25 % derjenigen mit etwas und 40 % der Befragten mit nur wenig oder keinem Interesse an Politik. Wie intensiv die Bürgerinnen und Bürger politische Nachrichten verfolgen, ist bei dieser Bewertung offensichtlich weniger wichtig, die Merkmale Identifikation und Wohndauer in Bayern zeigen dagegen Wirkung: Dass bei der Integration „zu wenig“ getan wird, sagen überdurchschnittlich viele Wahlberechtigte, die maximal zehn Jahre im Freistaat leben, sowie diejenigen, die sich mit dem Bundesland oder ihrer Wohnregion kaum oder gar nicht identifizieren. Ganz erheblich korrelieren die Einstellungen beim Integrationsthema schließlich mit politischen Präferenzen: Während unter FW-, FDP-, SPD-, Linke- und Grüne-nahen Befragten sichtbare bis sehr klare Mehrheiten zu geringe Integrationsbemühungen kritisieren, geht das Engagement den allermeisten Sympathisanten der AfD zu weit. Im CSU-Lager, wo die Meinungen in dieser Sache besonders weit auseinander gehen, gibt es in punkto Eingliederung von Ausländern kein klares Votum.



2.3 Energiewende



„zu viel“ Einsatz und für 26 % ist das „gerade richtig“. Dennoch gibt es auch in dieser – erneut ganz allgemein gehaltenen – Frage noch Detailunterschiede, wo zwischen den politischen Gruppen mit die stärksten Abweichungen auftreten: Unter Befragten, denen als Partei die Grünen oder die Linke am besten gefallen, kritisieren weitaus mehr „zu wenig“ Anstrengungen als unter CSU- oder FDP-nahen Befragten. Wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, folgen diese politischen Lager dennoch alle dem Basistrend. Dem entgegen stehen einmal mehr nur die AfD-affinen Bürgerinnen und Bürger: Hier beanstanden bedeutend mehr Befragte als in allen anderen – auch sozialen oder demographischen – Subgruppen einen zu großen Aufwand für die Energiewende.



Generation 60plus. „Zu wenig“ sagen außerdem deutlich mehr politisch stark interessierte Menschen sowie Befragte mit hohem Nachrichtenkonsum als diejenigen Bayern, die sich weniger für Politik interessieren und sich darüber kaum informieren, wobei selbst hier noch Mehrheiten der Auffassung sind, dass für die Energiewende zu wenig getan wird.

Anders als beim Thema Integration gibt es mit Blick auf die Energiewende insgesamt wie auch in den diversen demographischen und sozialen Untergruppen einen relativen hohen Konsens: Für 61 % aller Befragten und Mehrheiten in fast allen Bevölkerungsteilen wird für die Energiewende „zu wenig“ getan. Nur 9 % kritisieren

Jenseits von politischen Präferenzen fallen die Einstellungsunterschiede meist weit weniger heftig aus, bleiben aber vielfach signifikant. Junge Menschen, insbesondere die unter 35-jährigen Frauen oder jüngere Befragte mit höheren Schulabschlüssen, bemängeln noch häufiger „zu wenig“ Engagement bei der Energiewende als die

2.4 Ganztagsbetreuung von Kindern

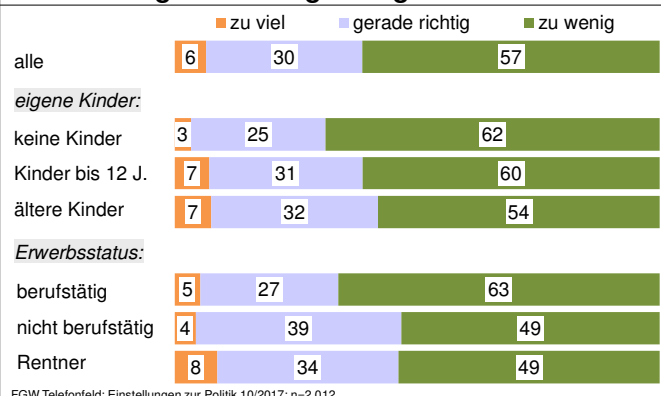
In ähnlichem Ausmaß wie bei der Energiewende werden in Bayern Mängel bei der Ganztagsbetreuung von Kindern angesprochen: Während für lediglich 6 % aller Befragten in diesem Bereich „zu viel“ getan wird und 30 % den Status als „gerade richtig“ bezeichnen, reklamiert mit 57 % eine klare Mehrheit der Bürgerinnen

und Bürger, dass für die Ganztagsbetreuung von Kindern in Krippen und Kindergärten „zu wenig“ getan wird. Ob die Befragten dabei selbst Kinder – und in diesem Kontext speziell auch berufstätige Befragte mit jüngeren Kindern – haben, spielt bei dieser deutlichen Gesamtwertung eine eher nachgeordnete Rolle. Berufstätige sind nochmals kritischer als Rentner oder nicht berufstätige Befragte. Unverheiratete, aber in Partnerschaften lebende Menschen kritisieren wesentlich häufiger „zu wenig“ Anstrengungen in dieser Sache als verheiratete Bürgerinnen und Bürger.

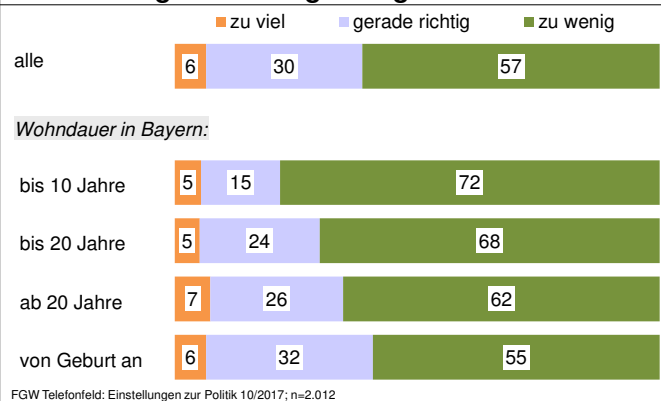
Männer und Frauen sind sich beim Thema Ganztagsbetreuung von Kindern ausgesprochen einig. Und anders als bei der Eingliederung von Ausländern oder bei der Energiewende zeigen bei dieser Bestandsaufnahme weder das politische Interesse noch das Verfolgen von Nachrichten Konsequenzen. Dass „zu wenig“ getan wird,

meinen bei den Betreuungseinrichtungen für Kinder jenseits von Regelöffnungszeiten nochmals überdurchschnittlich viele formal hoch gebildete Personen, die Bewohner von Großstädten, konfessionslose Befragte sowie Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten Jahren nach Bayern zugezogen sind.

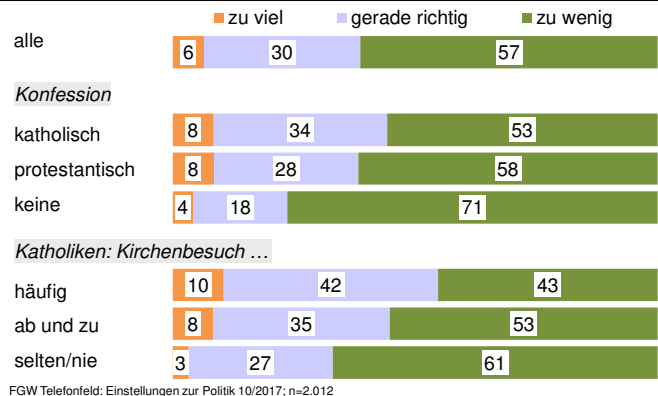
Ganztagsbetreuung in Krippen und Kindergärten: Für Ganztagsbetreuung wird getan ...



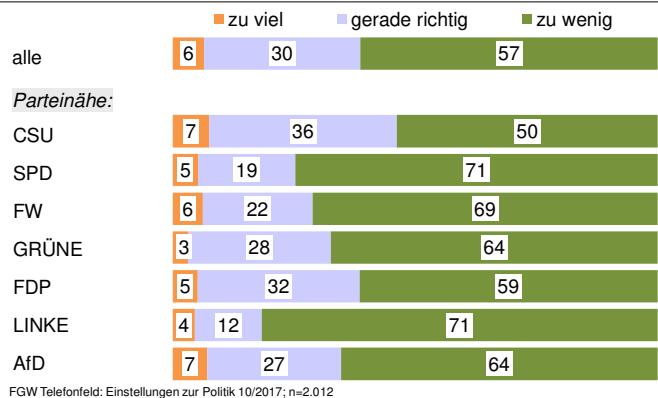
Ganztagsbetreuung in Krippen und Kindergärten: Für Ganztagsbetreuung wird getan ...



Ganztagsbetreuung in Krippen und Kindergärten: Für Ganztagsbetreuung wird getan ...



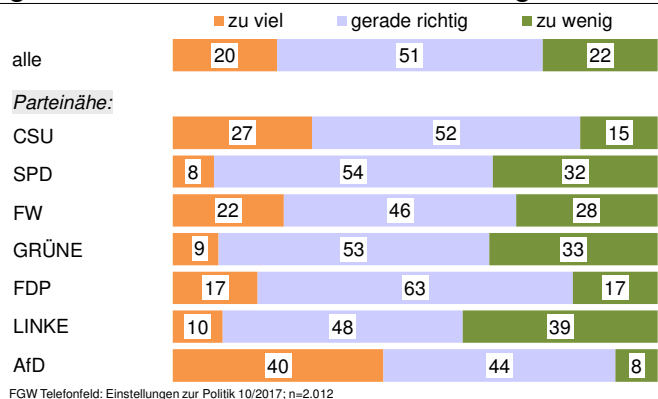
Ganztagsbetreuung in Krippen und Kindergärten: Für Ganztagsbetreuung wird getan ...



ergiewende oder Gleichstellung vergleichsweise nahe an der Gesamtheit, wenn es um Ganztagsangebote für Kinder in Krippen und Kindergärten geht. FW-, SPD- und Linke-nahe Befragte konstatieren dagegen nochmals sichtbar überdurchschnittlich häufig Defizite in diesem Bereich.

2.5 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Gleichstellung: Für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften wird getan ...

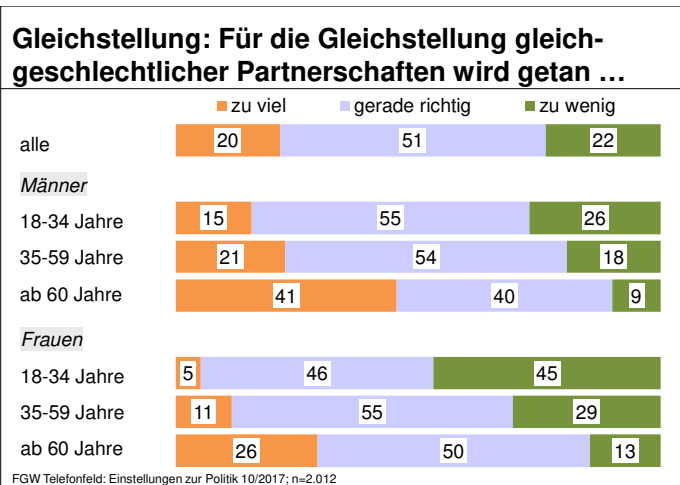
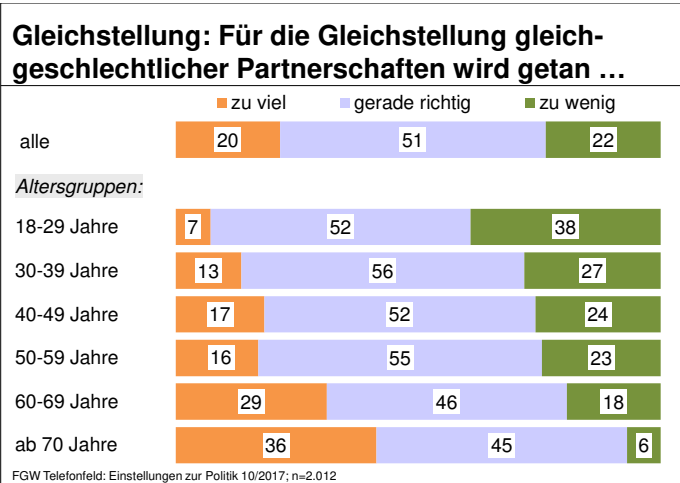


Vergleichsweise wenig Kritik, dass „zu wenig“ getan wird, kommt dagegen von allen ab 70-jährigen Bayern oder von praktizierenden Katholiken: Unter katholischen Befragten, die regelmäßig einen Gottesdienst besuchen, finden mit 43 % erheblich weniger Bürgerinnen und Bürger, dass für Kinderbetreuung im Ganztagsbereich zu wenig getan wird. Wenn auch weniger deutlich, liegen CSU-nahe Befragte hier ebenfalls unter dem hohen Durchschnittsniveau. Dass die Bemühungen bei der Ganztagsbetreuung zu weit gehen, meinen im CSU-Lager aber ebenfalls nur Minderheiten. AfD-nahe Befragte liegen konträr zu ihren Extrempositionen bei den Themen Integration, Ener-

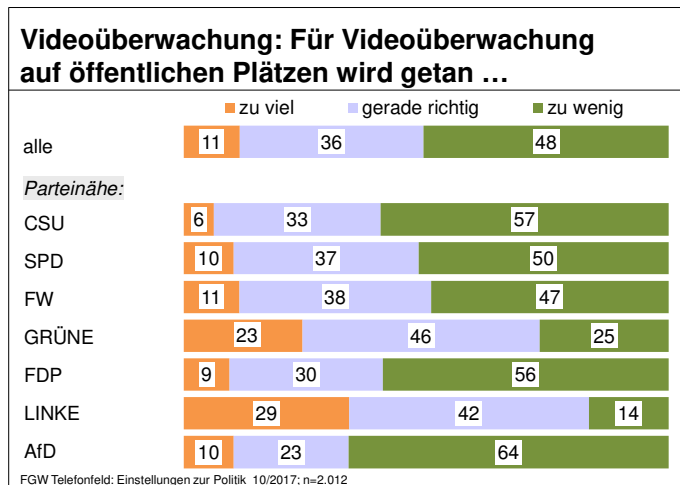
giewende und Gleichstellung vergleichsweise nahe an der Gesamtheit, wenn es um Ganztagsangebote für Kinder in Krippen und Kindergärten geht. FW-, SPD- und Linke-nahe Befragte konstatieren dagegen nochmals sichtbar überdurchschnittlich häufig Defizite in diesem Bereich. Nachdem nach Ansicht der Bayerinnen und Bayern bei den Themen Integration, Energiewende und Ganztagsbetreuung ganz grundsätzlich mehr getan werden müsste, überwiegt beim Thema gleichgeschlechtliche Partnerschaften die Zufriedenheit mit dem Ist-Zustand: 51 % aller erwachsenen Deutschen im Freistaat hal-

ten es für „gerade richtig“, was für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften getan wird, 20 % geht dies zu weit und 22 % nicht weit genug. Dass zu wenig getan wird, meinen überproportional viele Befragte mit Nähe zu SPD, Grünen oder Linken sowie unterdurchschnittlich viele Befragte, denen unter den Parteien die CSU oder die AfD am besten gefällt.

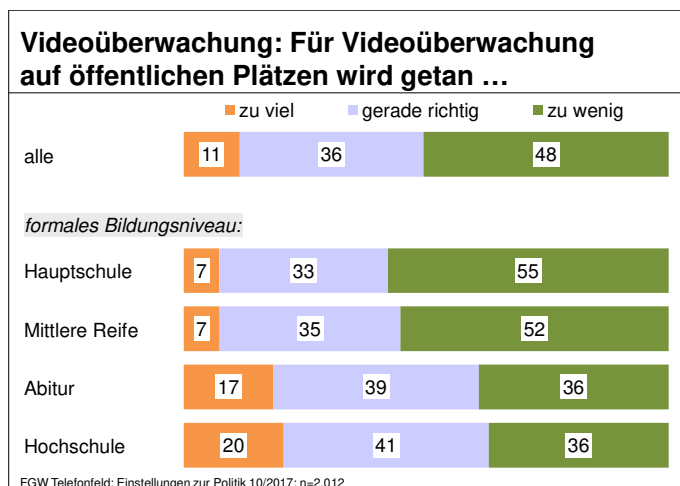
Dass für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften „zu viel“ getan wird, meinen 15 % der Frauen und 26 % der Männer, worunter die ab 60-jährigen Männer in ganz besonderem Maße nach oben von der Gesamtheit abweichen. Generell ist die Einstellung in dieser Angelegenheit eine Generationenfrage: Während ältere Semester – zunächst auch unabhängig vom Geschlecht – überproportional häufig „zu viel“ Engagement bei dieser Form der Gleichstellung bemängeln, ist dies bei den unter 30-Jährigen eine eher exklusive Ansicht. Auch wenn unter jüngeren Befragten eine Mehrheit bei dieser Bestandsaufnahme „gerade richtig“ sagt, sind es dann allem voran junge Menschen, und hier nochmals weit überdurchschnittlich viele jüngere Frauen, die weitere Schritte bei der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften fordern.



2.6 Videoüberwachung



wird. Während CSU-, FDP- und AfD-nahe Befragte klar mehrheitlich eine zu schwache Bildüberwachung bemängeln, zeigt sich das Gros der Befragten mit politischer Nähe zu den Grünen oder zur Linken mit der aktuellen Situation zufrieden. Dass „zu wenig“ getan wird, finden unabhängig vom Faktor Parteisympathie 38 % der Befragten, die sich – wenn von Politik die Rede ist – eher links einstufen und 67 % derjenigen mit einer eher rechten politischen Selbstverortung. Wahlberechtigte, die sich eher in der politischen Mitte sehen, unterscheiden sich in ihrer Meinung nicht weiter von der Gesamtheit. Wie intensiv die Befragten politische Nachrichten und Informationen verfolgen, hat auf die Einstellungen zum Thema Videoüberwachung offensichtlich ebenfalls keine Wirkung.



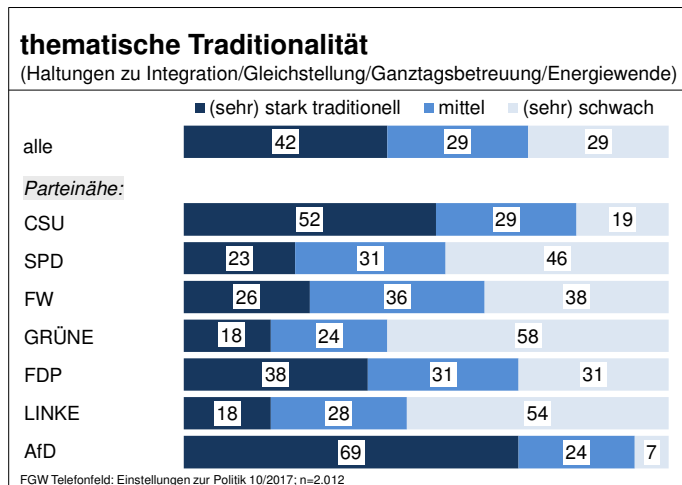
Defizite konstatieren zudem deutlich mehr Befragte mit formal niedrigem Bildungsniveau als diejenigen mit höheren Abschlüssen.

Beim Thema Videoüberwachung im öffentlichen Raum sieht knapp die Hälfte der bayerischen Wahlberechtigten Defizite: Für 48 % wird hier „zu wenig“ getan, nur 11 % gehen die entsprechenden Maßnahmen zu weit und 36 % bezeichnen es als „gerade richtig“, was im Bereich der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen getan

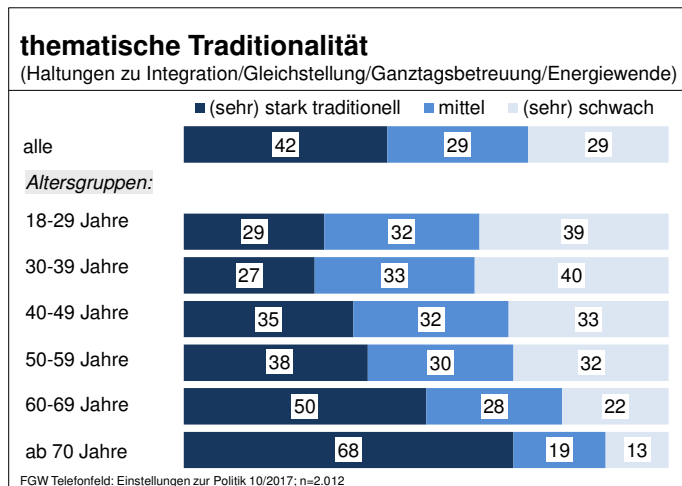
Die derzeitige Situation bei der Videoüberwachung wird von Männern und Frauen nahezu identisch bewertet. Bei den unter 35-jährigen Frauen bemängeln mit 42 % geringfügig weniger Befragte als insgesamt, dass „zu wenig“ getan wird. Die 35- bis 59-jährigen Frauen liegen mit 53 % knapp über dem Schnitt. Dahingehende Defizite

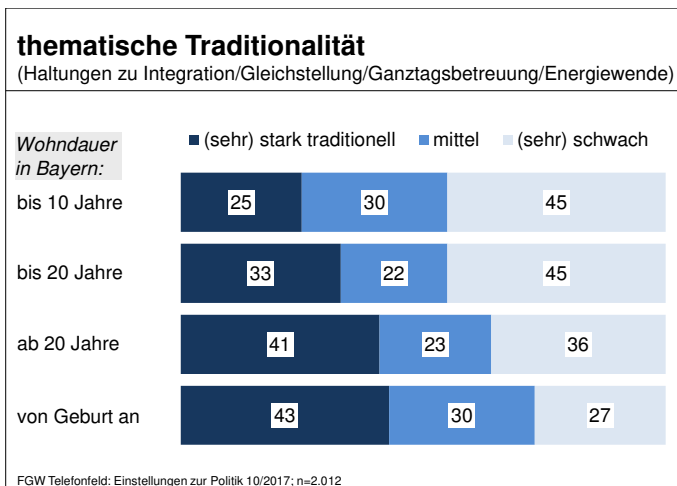
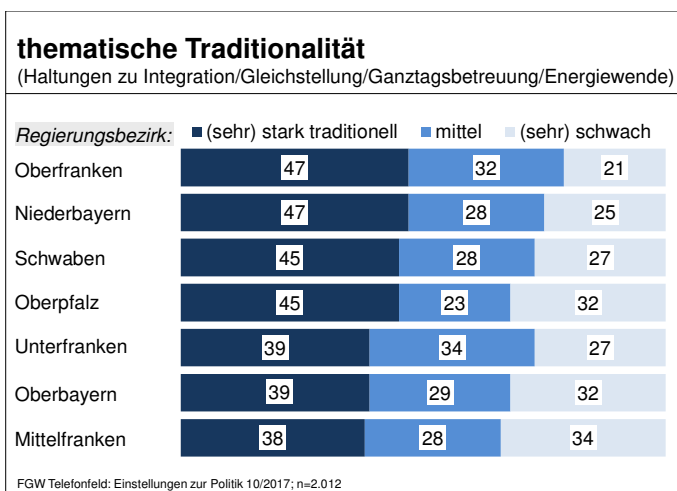
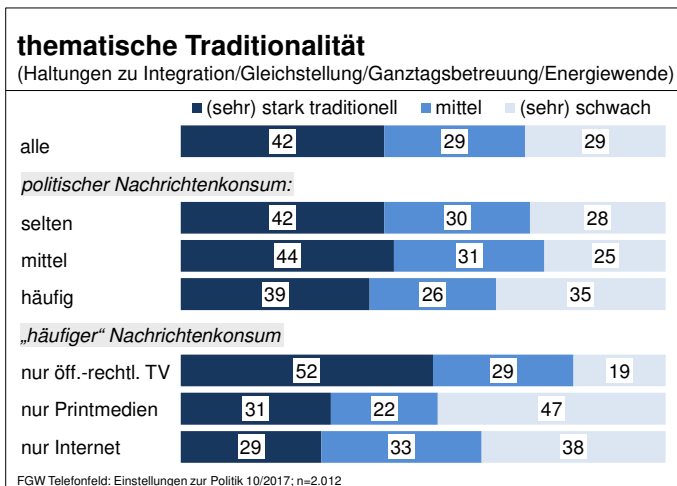
2.7 Thematische Traditionalität

Mithilfe einer Reihe kontrovers gesehener Themen wurde ein Index „thematische Traditionalität“ gebildet: Abgesichert durch eine entsprechende Faktorenanalyse wurden die Einstellungen zu Integration, Energiewende, Ganztagsbetreuung und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften herangezogen, um in der Summe eine signifikante Differenzierung in (stärker) traditionell und (stärker) modern orientierte Befragte vorzunehmen. Charakteristisch für starke Traditionalisten sind eine restriktive Haltung bei der Eingliederung von Ausländern, Kritik an einem zu weit gehenden Engagement bei Energiewende-Maßnahmen, an Ganztagsangeboten für die Kinderbetreuung sowie bei der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Für diese Befragten wird in maximal einem dieser Bereiche „zu wenig“ getan. Umgekehrt bedeutet (sehr) schwache Traditionalität, dass in mindestens drei Themenbereichen „zu wenig“ getan wird.



Möglich wird so die Differenzierung der verschiedenen politischen, demographischen und sozialen Bevölkerungsgruppen in (eher) traditionell-konservative und (eher) liberal-moderne Cluster. Neben den erwartbar signifikanten Einstellungsunterschieden entlang parteipolitischer Präferenzen zeigen die Faktoren Alter oder Bildung besonders starke Effekte. So wächst thematische Traditionalität fast kontinuierlich parallel zum Lebensalter. Modernität wächst dagegen mit Ansteigen des formalen Bildungsniveaus: (Sehr) schwach ausgeprägt sind diese traditionellen Haltungen bei lediglich 18 % der Befragten mit Hauptschulabschluss, aber bei 31 % derjenigen mit Mittlerer Reife und bei 43 % der Befragten mit Abitur sowie bei 46 % derjenigen Wahlberechtigten mit einem Universitätsabschluss.





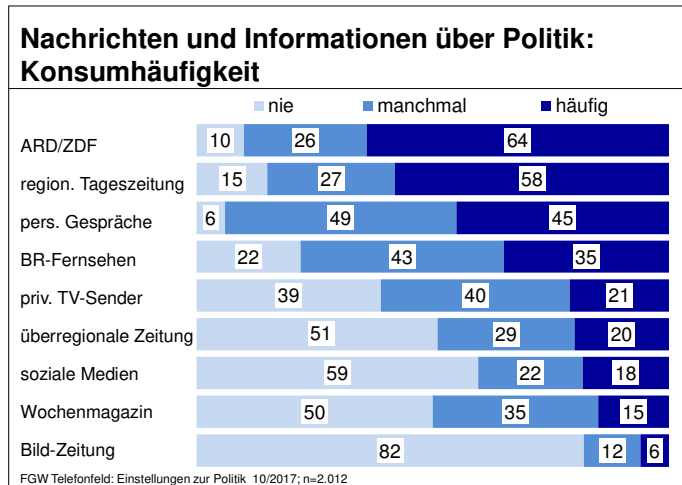
Maßgeblichen Einfluss zeigen auch Variablen wie Internet-Nutzung, Medienkonsum und politisches Informationsverhalten. Ebenso Faktoren wie Wohnort bzw. Ortsgröße, Familienstand, Konfession und Kirchgang oder die Wohndauer in Bayern, wobei diese Größen natürlich auch häufig stark mit dem Alter der Befragten korrespondieren. Während nur 25 % der Befragten, die täglich mehr als vier Stunden online sind, entsprechend traditionell orientiert sind, sind es unter den zahlreichen Erwachsenen ohne Internet-Nutzung (vgl. Kap. 3.3) mit 65 % weit mehr als doppelt so viele. Darüber hinaus findet man (sehr) traditionelle Einstellungen bei 45 % der Befragten in Gemeinden mit unter 5.000 Einwohnern, aber nur bei 34 % bzw. 38 % in Städten mit über 20.000 bzw. ab 100.000 Einwohnern. Während 44 % der verheirateten Befragten (sehr) traditionelle Positionen einnehmen, sind dies unter unverheirateten, aber in Partnerschaften lebenden Bayerinnen und Bayern nur 25 %. (Sehr) tradi-

tionell mit Bezug auf die oben genannten Themen sind nur 30 % der Befragten, die (noch) keine Kinder und 36 % derjenigen mit bis zu zwölfjährigen Kindern, aber 51 % der Befragten mit älteren bzw. erwachsenen Kindern.

3. Politische Informationen

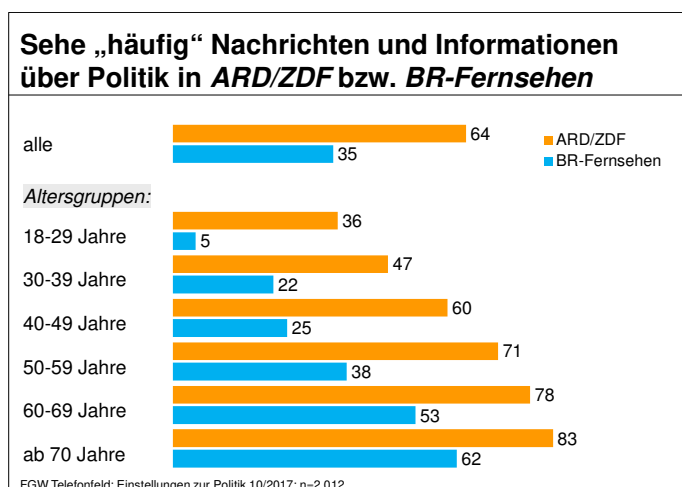
3.1 Rezeption politischer Nachrichten

Wenn es um Nachrichten und Informationen über Politik geht, sind die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF sowie die regionale bzw. lokale Tageszeitung in Bayern die wichtigsten Quellen: 64 % bzw. 58 % aller Wahlberechtigten nutzen diese Medien nach eigenen Angaben „häufig“ zur Informationsbeschaffung,

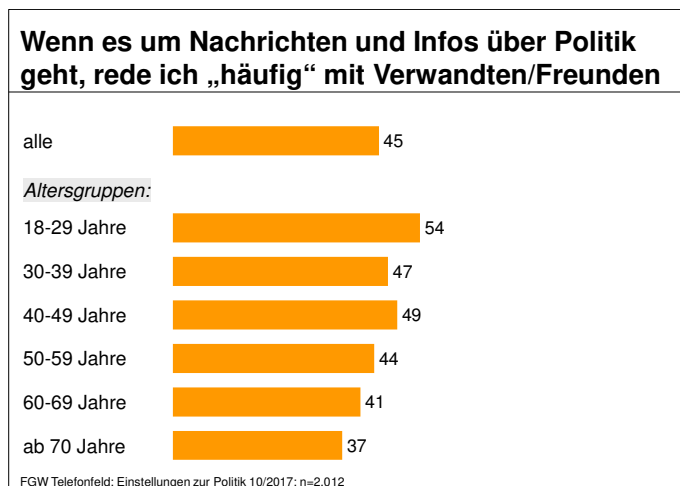
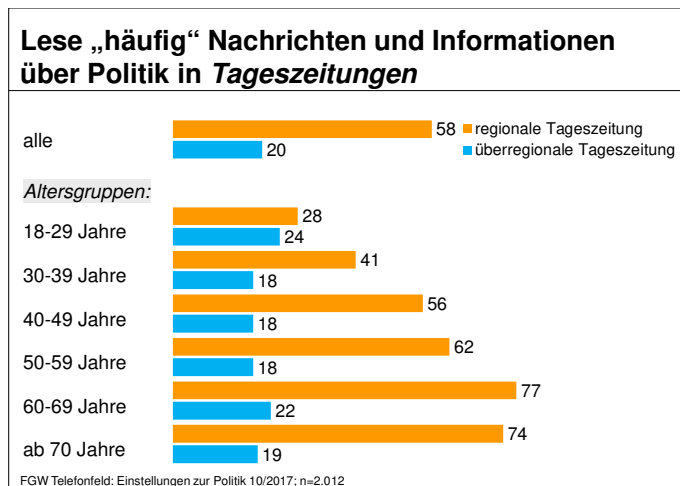


jeweils gut ein weiteres Viertel schaut bzw. liest zumindest „manchmal“ diese Sender bzw. entsprechende Printmedien. Mit 45 % konstatiert außerdem knapp die Hälfte der Befragten, dass sie „häufig“ mit Verwandten oder Freunden reden, wenn es um politische Nachrichten und Informationen geht. Häufig BR-Fernsehen schaut zu diesem Zweck gut ein Drittel der Erwachsenen. Nur jeweils rund einer von fünf bezieht entsprechend häufig Politiknachrichten aus den privaten Fernsehsendern wie RTL, Sat 1 oder Pro 7, aus überregionalen Tageszeitungen wie der Süddeutschen Zeitung, der FAZ oder der Welt oder aus sozialen Medien wie Facebook oder Twitter. 15 % lesen oft ein Wochenmagazin wie den Spiegel, Focus oder den Stern. Dass sie zur politischen Information „häufig“ Bild-Zeitung lesen, sagen 6 % aller Befragten, wobei hier und noch stärker bei allen anderen genannten Kommunikationsplattformen das Rezeptionsverhalten in den diversen demographischen, sozialen und politischen Gruppen dann zumeist äußerst heterogen ausfällt.

So ist der Konsum von Nachrichten in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern primär eine Altersfrage: Bei den unter 30-Jährigen werden ARD und ZDF zur „häufigen“ politischen Information mit 36 % nur geringfügig intensiver genutzt als soziale Medien mit 33 %. Das BR-Fernsehen, aus dem nur einer von zwanzig der unter 30-jährigen Erwachsenen „häufig“ politische Nachrichten bezieht, ist in dieser Gruppe quasi



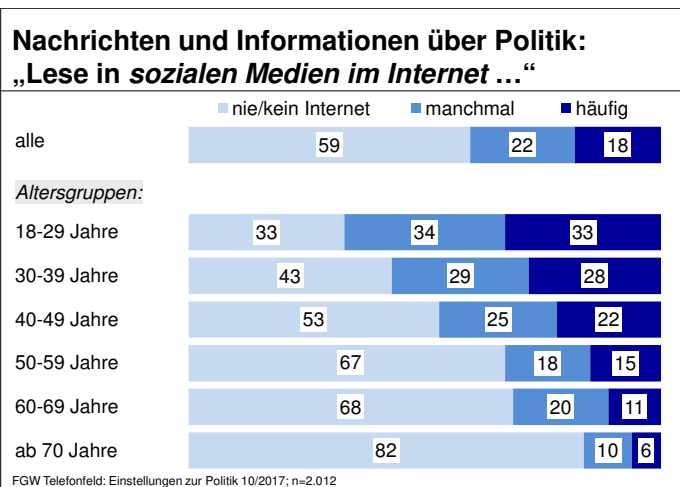
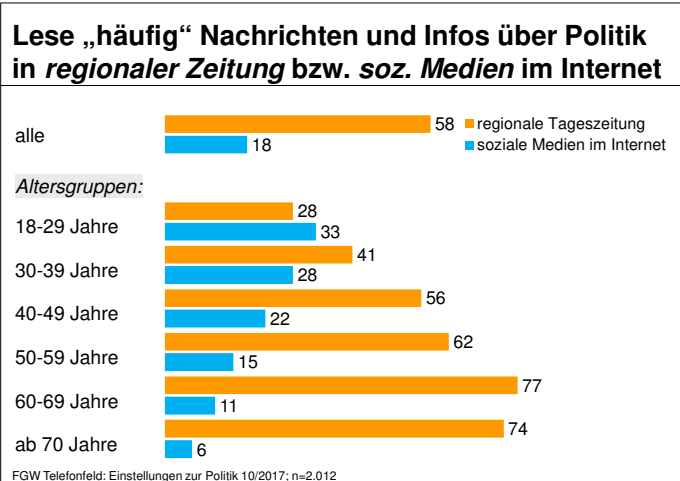
ein Nischenprodukt. Allerdings wächst die Nachfrageintensität bei diesen öffentlich-rechtlichen Sendern nach bekannten Mustern parallel zum Alter der Befragten kontinuierlich und insgesamt sehr deutlich an. Insbesondere in der Generation 60plus sind ARD und ZDF sowie der BR dann gemeinsam mit den Lokalzeitungen das eindeutig dominierende politische Medium.



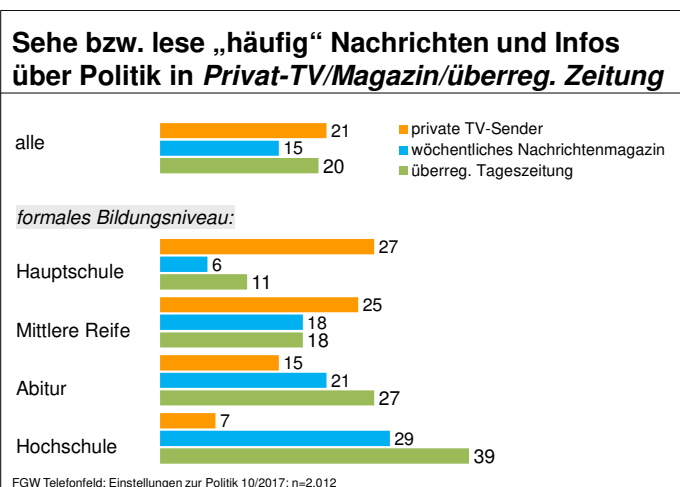
Ganz erhebliche altersabhängige Differenzen existieren bei der Rezeption von Politiknachrichten aus Tageszeitungen: Bei allen ab 50-Jährigen lesen deutlich mehr als doppelt so viele Bayerinnen und Bayern zur politischen Information eine lokale oder regionale Zeitung als bei den unter 30-Jährigen. Bei den privaten Fernsehsendern oder der Bild-Zeitung gibt es – was den Konsum politischer Inhalte angeht – dagegen kaum altersspezifische Abweichungen von der Gesamtheit. Und auch bei den überregionalen Tageszeitungen sowie den wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazinen spielt der Faktor Alter eine offensichtlich nur nachgeordnete Rolle. Aus-

nahmen hierbei sind die jüngsten und die ältesten Befragten: Dass sie explizit „nie“ eine große Tageszeitung oder ein Nachrichtenmagazin lesen, sagen nämlich überdurchschnittlich viele ab 70-Jährige, aber vergleichsweise wenige Befragte aus der jüngsten Altersgruppe. Was schließlich die ganz persönliche Kommunikation politischer Themen angeht, sagen ebenfalls überproportional viele 18- bis 29-Jährige, dass sie sich zu Nachrichten über Politik „häufig“ mit ihren Verwandten, Freunden oder Bekannten austauschen. Bei den ältesten Befragten ist diese individuelle Informationsebene seltener, wenn es um Politik geht.

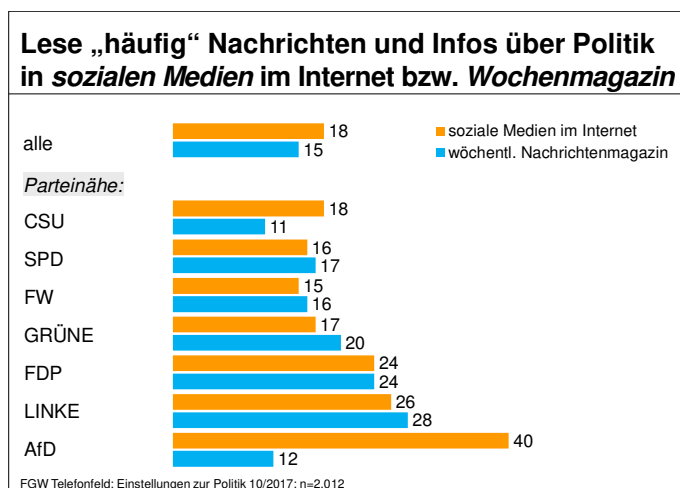
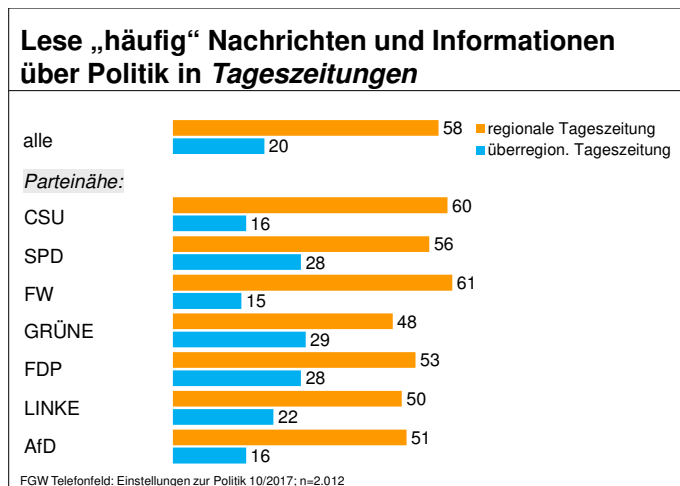
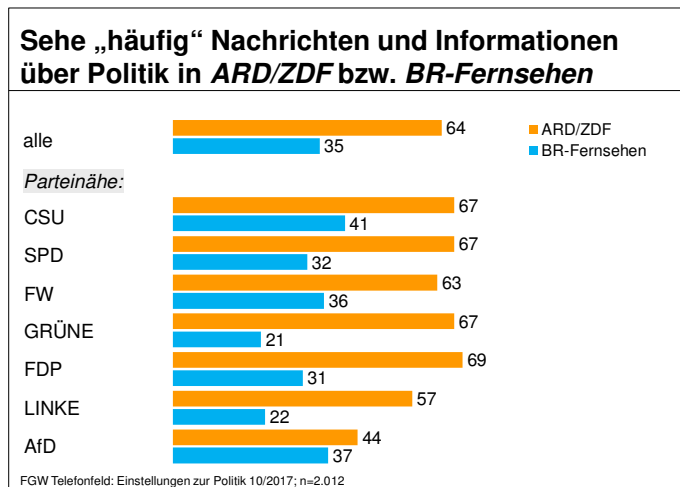
Während die regionale und lokale Presse als politischer Informationsträger quasi parallel mit wachsendem Alter der Wahlberechtigten an Bedeutung gewinnt, verläuft der Basistrend im Internet umgekehrt. Wenn auch nur knapp, haben Facebook & Co der klassischen Zeitung in der jungen Generation auch beim politischen Informationsverhalten den Rang abgelaufen: 33 % aller unter 30-Jährigen im Freistaat lesen „häufig“ auf Plattformen wie Facebook oder Twitter, wenn es um Nachrichten und Informationen über Politik geht. Im Detail sind dies unter jungen Menschen noch etwas mehr Frauen als Männer. Dennoch ist die Reichweite von politischen Inhalten in den sozialen Medien keinesfalls nur auf die jüngsten Erwachsenen beschränkt: Dass sie Nachrichten zumindest „manchmal“ von Portalen wie Facebook oder Twitter beziehen, sagt auch fast die Hälfte aller 30- bis 49-jährigen Bayerinnen und Bayern.



Bildungsspezifisch bestätigt sich bei den großen Zeitungen wie SZ, Welt oder FAZ ebenso wie bei den Print-Magazinen das bekannte Phänomen, wonach entsprechende Titel von besonders vielen Befragten mit höheren Schulabschlüssen gelesen werden. Beim BR-Fernsehen und den privaten Fernsehsendern verläuft diese Entwicklung tendenziell umgekehrt. Dass sie „nie“ politische Formate der privaten TV-



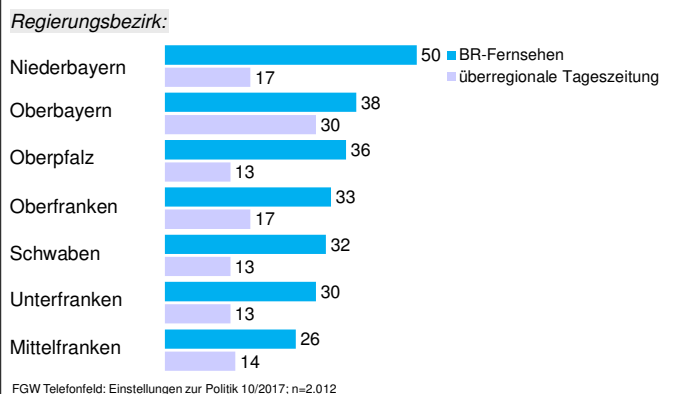
Sender konsumieren, sagen 30 % der Befragten mit Hauptschulabschluss, aber 61 % der Hochschulabsolventen.



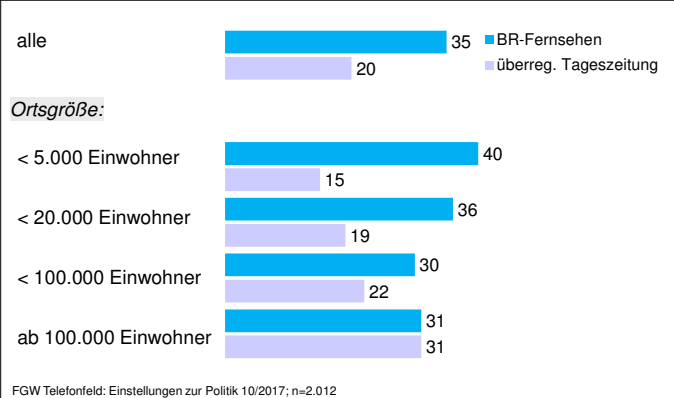
Beim Faktor Parteinähe fällt auf, dass AfD-nahe Befragte nach eigenen Angaben politische Informationen und Berichte deutlich seltener als die Gesamtheit von ARD und ZDF beziehen, aber weit überdurchschnittlich häufig aus den sozialen Medien im Internet: 18 % aller Befragten, aber 40 % derjenigen, denen die AfD als Partei am besten gefällt, lesen Nachrichten über Politik „häufig“ über Plattformen wie Facebook und Twitter. Und während sich in ARD und ZDF 10 % aller Befragten „nie“ politische Formate anschauen, sind dies im AfD-Lager 29 %. Dafür reden AfD-nahe Befragte überproportional häufig mit Freunden, Bekannten oder Verwandten, wenn es um politische Informationen geht. Lokale oder überregionale Tageszeitungen werden von dieser Gruppe etwas weniger häufig genutzt, beim „häufigen“ Konsum von BR-Nachrichten gibt es – konträr zu den starken Abweichungen bei ARD und ZDF – keine Abweichungen nach unten.

Bei der Nachfrage nach politischen Nachrichten sind bei ARD und ZDF kaum regionale Differenzen identifizierbar. Anders beim BR: Speziell in Niederbayern geben mit 50 % überproportional viele Befragte an, dass sie für Informationen über Politik häufig das Bayerische Fernsehen schauen. Unabhängig von Regierungsbezirken ist die Nachfrage nach politischen Inhalten des BR in den kleinen, weniger als 5.000 Einwohner zählenden Gemeinden merklich stärker als in den Städten mit über 100.000 Einwohnern. Neben den sozialen Medien, die in diesen Großstädten sichtbar häufiger genutzt werden als in den kleinen Ortschaften, ist die persönliche Ebene in den Großstädten ein wichtiger Faktor: 53 % der Großstadtbewohner, aber nur 41 % derjenigen in den kleinen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern reden „häufig“ mit Freunden, Bekannten oder Verwandten über politische Nachrichten. Zudem ist – was den Konsum politischer Informationen betrifft – die Reichweite der großen überregionalen Tageszeitungen wie auch der politischen Nachrichtenmagazine in den Großstädten deutlich höher als in den kleinen Gemeinden. Dort besitzt wiederum die lokale bzw. regionale Zeitung etwas mehr Gewicht.

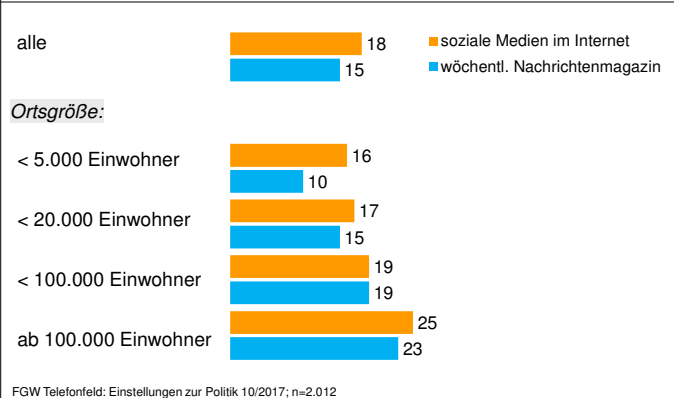
Sehe/Lese „häufig“ Nachrichten über Politik in BR-Fernsehen bzw. überregionaler Tageszeitung



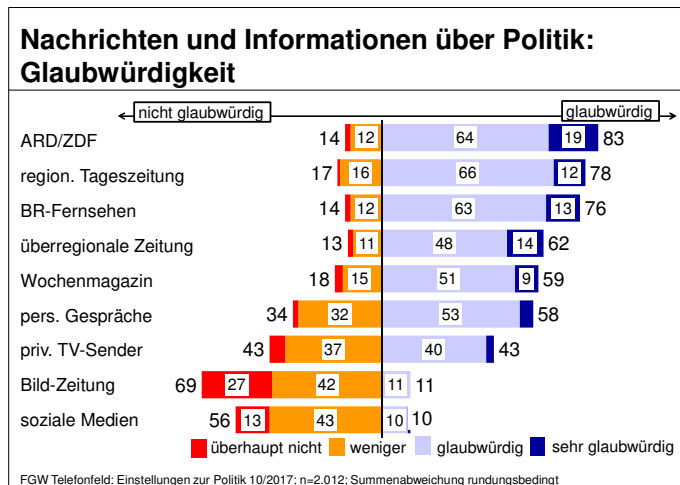
Sehe/Lese „häufig“ Nachrichten über Politik in BR-Fernsehen bzw. überregionaler Tageszeitung



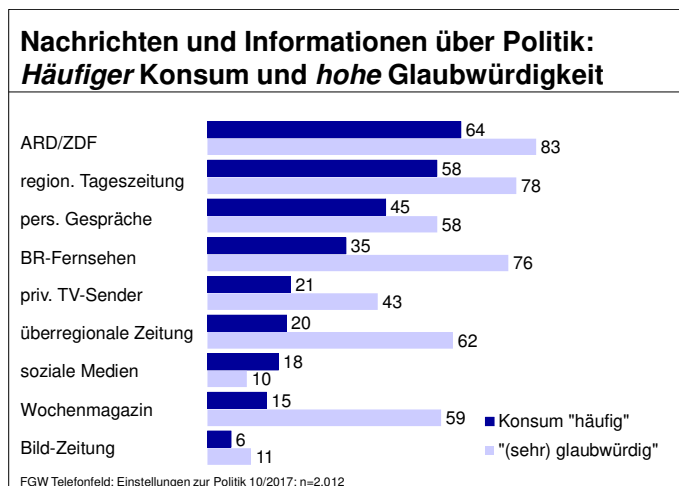
Lese „häufig“ Nachrichten und Infos über Politik in sozialen Medien im Internet bzw. Wochenmagazin



3.2 Glaubwürdigkeit politischer Informationsquellen



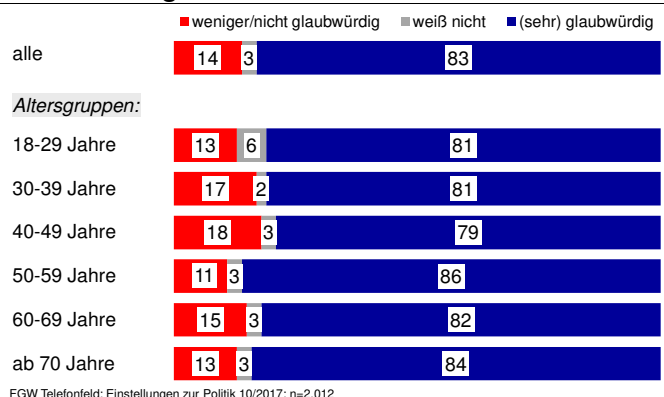
Wenn es bei politischen Nachrichten um die Glaubwürdigkeit verschiedener Medien geht, genießen die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF ebenso wie die regionalen Tageszeitungen oder das BR-Fernsehen in Bayern hohes Vertrauen. Ebenfalls nur geringe Zweifel am Wahrheitsgehalt politischer Meldungen existieren gegenüber den großen überregionalen Zeitungen und gegenüber politischen Wochenmagazinen. Allerdings kann oder will bei diesen Trägern rund ein Viertel der Befragten die Echtheit der Informationen nicht bewerten. Bereits sichtbar skeptischer, wenngleich immer noch klar mehrheitlich positiv, bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Glaubwürdigkeit solcher Informationen, die sie durch persönliche Gespräche mit Verwandten oder Freunden erfahren. Was die Integrität der privaten TV-Sender betrifft, gehen die Meinungen in Bayern weit auseinander; Nachrichten und Informationen über Politik aus der Bild-Zeitung oder aus den sozialen Medien begegnet das Gros der Wahlberechtigten mit Misstrauen.



Bei einer Gegenüberstellung von Konsumintensität und anerkannter Integrität der ausgewählten Medien bzw. Mediengruppen schaffen die am häufigsten genutzten Informationskanäle für politische Inhalte – also ARD und ZDF sowie die regionalen bzw. lokalen Zeitungen – auch die höchsten Vertrauenswerte. Signifikant höher ist die Diskrepanz beim Vergleich dieser Faktoren beim BR, den überregionalen Tageszeitungen und den politischen Wochenmagazinen: Obwohl deren politischer Content ebenfalls in weiten Teilen der Bevölkerung als (sehr) authentisch gilt, beziehen – in Relation zur hohen Glaubwürdigkeit – eher wenige Befragte aus diesen Quellen häufig politische Informationen.

Das Vertrauen in den Wahrheitsgehalt politischer Nachrichten aus den öffentlich-rechtlichen Sendern bewegt sich in sämtlichen Altersgruppen auf hohem Niveau. Neben der älteren Generation, die für politische Nachrichten besonders häufig ARD, ZDF und / oder BR-Fernsehen schaut, halten auch die allermeisten jungen Befragten diese Quellen für glaubwürdig, obwohl sie diese eher selten zur politischen Information nutzen (vgl. Kap. 3.1). Insgesamt ambivalent sowie mit sichtbaren Einstellungsunterschieden zwischen den einzelnen Altersgruppen, bewerten die Bayern hingegen die Nachrichtenqualität der privaten Sender. So hinterfragen deutlich mehr jüngere als ältere Menschen kritisch den Wahrheitsgehalt von Informationen mit politischen Inhalten, die RTL, Sat 1 oder Pro 7 ihren Zuschauern liefern. Eine klare Mehrheit, die den politischen Inhalten und Formaten der privaten Sender Authentizität bescheinigt, findet sich nur unter den 50- bis 59-jährigen Bürgerinnen und Bürgern. Zu beachten ist bei den privaten Fernsehsendern allerdings gerade in der Generation 70plus ein besonders hoher Anteil von Befragten, die sich zur Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten überhaupt nicht äußert.

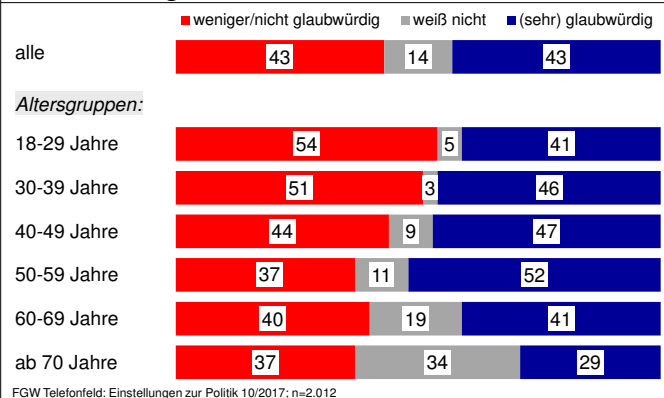
Nachrichten und Informationen über Politik: Glaubwürdigkeit ARD und ZDF



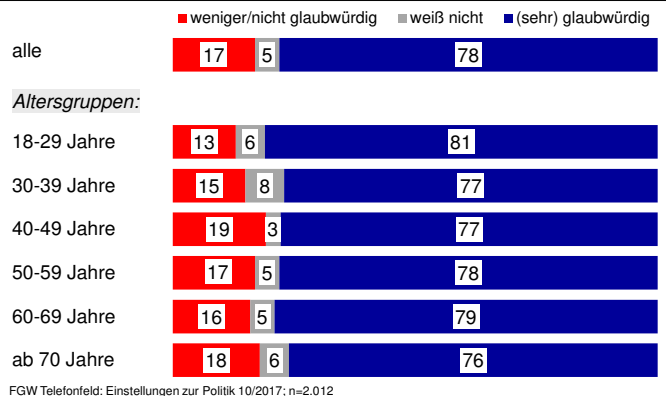
Nachrichten und Informationen über Politik: Glaubwürdigkeit BR-Fernsehen



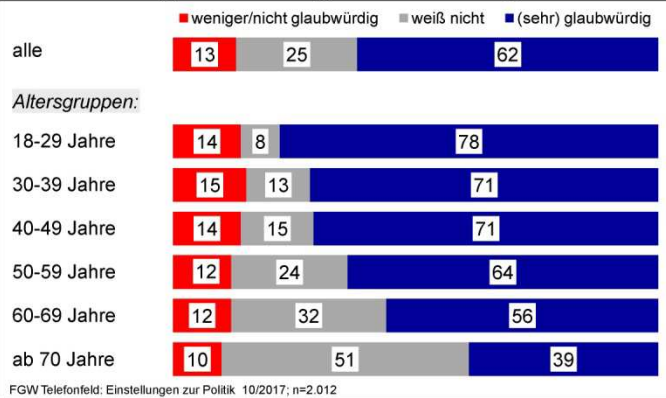
Nachrichten und Informationen über Politik: Glaubwürdigkeit Private TV-Sender



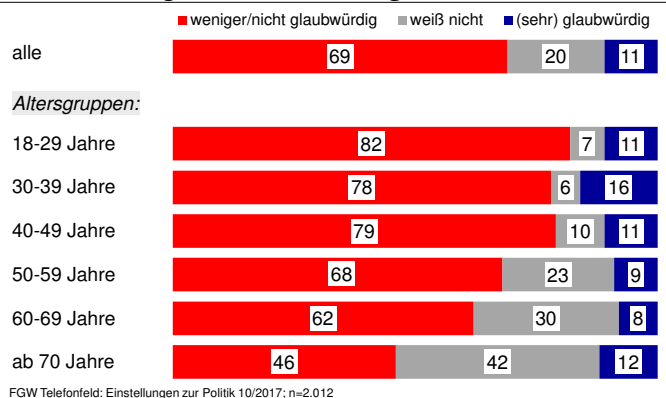
Nachrichten und Informationen über Politik: Glaubwürdigkeit regionale Zeitungen



Nachrichten und Informationen über Politik: Glaubwürdigkeit überregionale Zeitungen



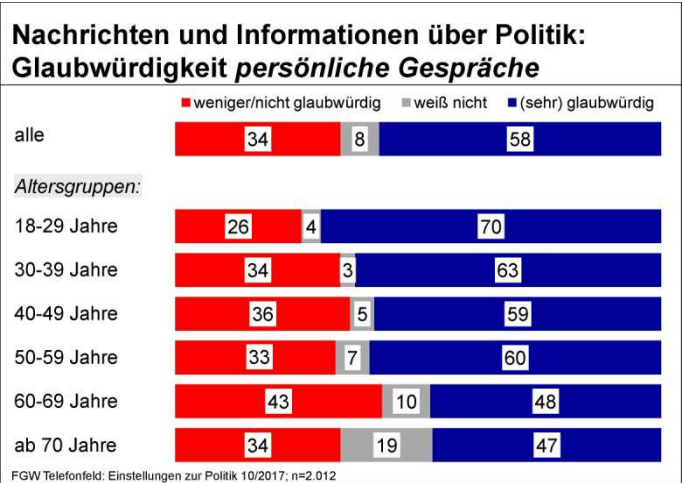
Nachrichten und Informationen über Politik: Glaubwürdigkeit BILD-Zeitung



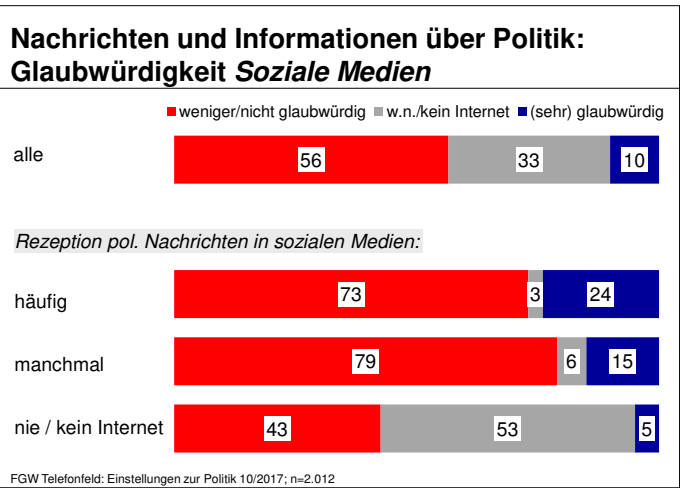
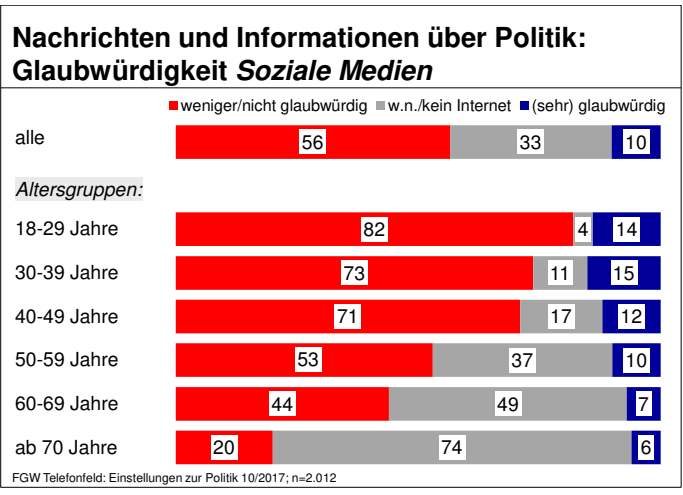
Generationsübergreifend positiv wird in Bayern die Echtheit politischer Nachrichten in den regionalen und lokalen Tageszeitungen bewertet: Entsprechende Blätter werden in sämtlichen Altersgruppen von mehr als drei Viertel der Befragten als glaubwürdig eingestuft, wobei selbst bei einer Differenzierung zwischen „glaubwürdig“ und „sehr glaubwürdig“ kaum Einstellungsunterschiede bestehen. Bei den überregionalen Tageszeitungen gibt es dagegen ein deutliches altersspezifisches Gefälle, was sich aber weniger mit einem wachsenden Glaubwürdigkeitsproblem als vielmehr mit einem Bewertungsdefizit erklärt: Zahlreiche ältere Bürgerinnen und Bürger können oder wollen die Nachrichtenqualität der überregionalen Blätter nicht einschätzen, hierunter im Detail nochmals sichtbar mehr Frauen als Männer. Ein gleichartiges Phänomen gibt es – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen – bei der Bild-Zeitung: Auch hier wollen oder können besonders viele ältere Befragte keine

Position beziehen. Ansonsten gilt mit Blick auf Nachrichten über Politik aus diesem Blatt, dass in sämtlichen Altersgruppen wie auch in praktisch allen anderen sozialen Gruppen meist klare Mehrheiten entsprechende Informationen für weniger glaubwürdig bzw. unglaubwürdig halten.

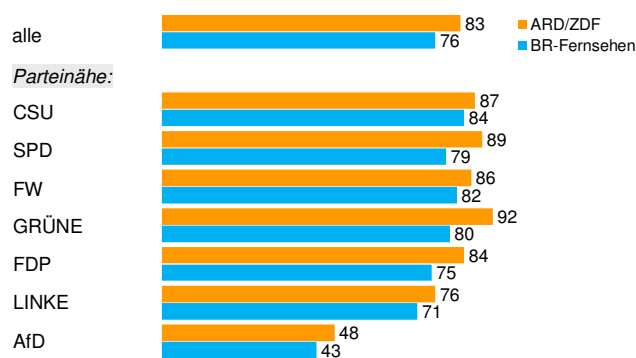
Auf persönliche Gespräche mit Freunden oder Verwandten setzen – wenn es um belastbare Informationen rund um Politik geht – deutlich mehr jüngere als ältere Befragte. Speziell bei den ab 60-jährigen Befragten meinen dann mit 44 % bzw. 52 % nochmals sichtbar weniger Frauen als Männer, dass sie Informationen über Politik aus persönlichen Gesprächen für glaubwürdig halten.



Was schließlich den Wahrheitsgehalt politischer Inhalte auf Facebook und Twitter betrifft, gibt es gerade in denjenigen Altersgruppen, in denen soziale Netzwerke intensiv genutzt werden, hohe Distanz: Gut vier von fünf unter 30-jährige Wahlberechtigte halten Informationen und Nachrichten über Politik in diesen Foren für weniger oder gänzlich unglaubwürdig, bei den 30- bis unter 50-Jährigen sind es knapp drei Viertel. Unabhängig vom Alter existiert dann allen voran unter den Nutzern sozialer Medien eine ausgesprochen kritische Sensibilität: Auch diejenigen Bayerinnen und Bayern, die selbst viel Zeit im Netz verbringen und / oder die sich häufig mit Politiknachrichten auch aus sozialen Netzwerken versorgen, halten Facebook und Twitter – jedenfalls was den politischen Content betrifft – für wenig glaubwürdig.

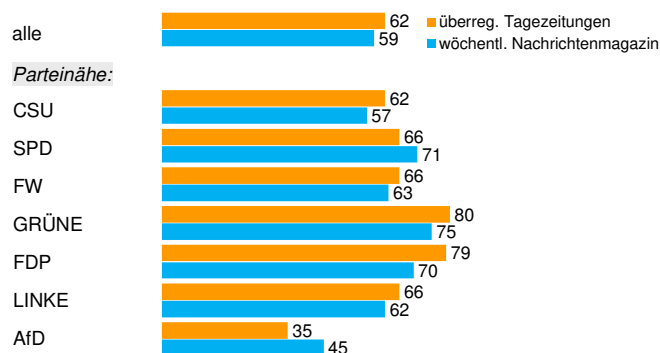


Nachrichten und Informationen über Politik: ARD/ZDF bzw. BR „(sehr) glaubwürdig“



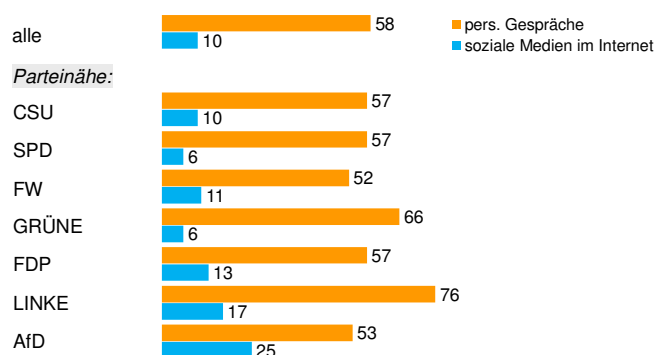
FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012

Nachrichten und Infos über Politik: überregionale Zeitungen bzw. pol. Magazine „(sehr) glaubwürdig“



FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012

Nachrichten und Infos über Politik: Gespräche bzw. soziale Medien „(sehr) glaubwürdig“



FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik 10/2017; n=2.012

Nachdem die via ARD, ZDF oder BR-Fernsehen gesendeten politischen Informationen in der Bevölkerung insgesamt besonders häufig als glaubwürdig eingestuft werden, vertrauen diesen Nachrichtenquellen im Detail noch etwas mehr Befragte mit Nähe zu den im Landtag vertretenen Parteien CSU, SPD, FW und Grüne. FDP-nahe Befragte unterscheiden sich nicht sonderlich von der Gesamtheit, geringfügig reservierter sind – bei grundsätzlich sehr hohem Vertrauen – Linke-affine Befragte. Massive Abweichungen gibt es im AfD-Lager. Hier ist das Misstrauen dreimal so stark wie in der Gesamtheit: 46 % bzw. 44 % aus dieser Gruppe halten Nachrichten und Informationen über Politik von ARD und ZDF bzw. vom BR für weniger glaubwürdig oder ungläubwürdig. Dabei sind AfD-nahe Befragte keinesfalls nur gegenüber den Anstalten des öffentlichen Rechts skeptisch, sondern zweifeln auch weit überdurchschnittlich häufig an der Echtheit politischer Nachrichten in den klassischen

Printmedien oder im Privat-TV. Den über soziale Netzwerke kommunizierten Informationen stehen AfD-nahe Wahlberechtigte zwar ebenfalls kritisch gegenüber. Dennoch erachten mit anteilig 25 % relativ viele AfD-affine Befragte solche Quellen als glaubwürdig.

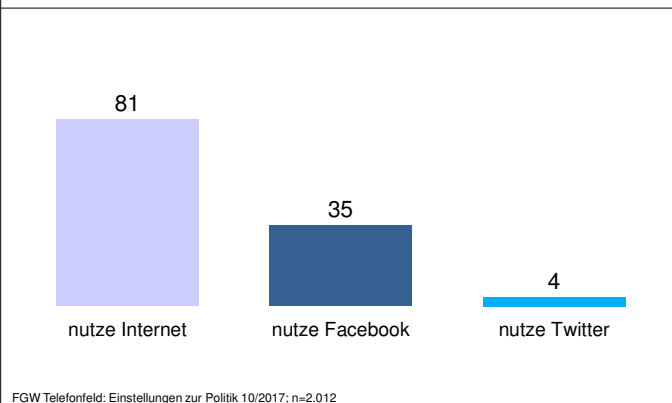
3.3 Internet und soziale Medien

Gut vier von fünf erwachsene Bayerinnen und Bayern **nutzen das Internet**, gut ein Drittel ist **bei Facebook**. Einen **Twitter-Account** haben im Freistaat Ende Oktober 2017 nach eigenen Angaben 4 % der Wahlberechtigten. Im Vergleich zum Bund unterscheidet sich Bayern damit nur unwesentlich vom republikweiten Durchschnitts-

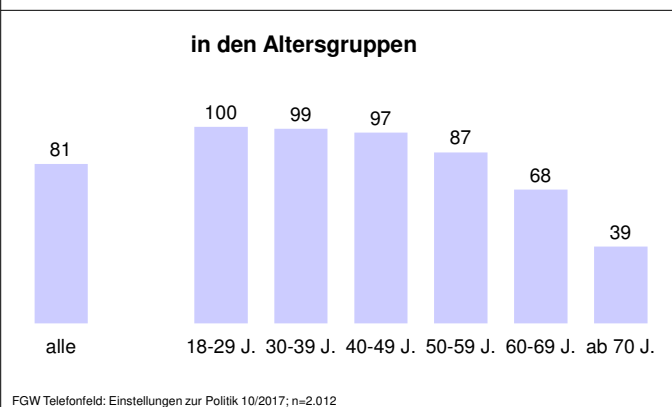
niveau: Bundesweit gaben Ende September 2017 insgesamt 84 % aller Wahlberechtigten an, das Internet zu nutzen und 37 % Facebook (Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer September III 2017, KW 37). Dass sie einen Account beim Kurznachrichtendienst Twitter haben, sagten zuletzt 6 % aller Deutschen (Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Januar I 2017, KW 02).

Während bei den unter 50-Jährigen nahezu alle Befragten online sind, ist dies in der – bei Wahlen besonders beteiligungsstarken – Generation 60plus gerade einmal rund die Hälfte der Bayerinnen und Bayern. Neben dieser eklatanten altersspezifischen Diskrepanz variiert die Internetnutzung aber auch hinsichtlich von Merkmalen wie Bildung oder Geschlecht mitunter erheblich. 13 % aller Männer, aber 25 % der Frauen nutzen kein Internet, bei den ab 60-jährigen Frauen ist dies mit 61 % sogar eine klare Mehrheit.

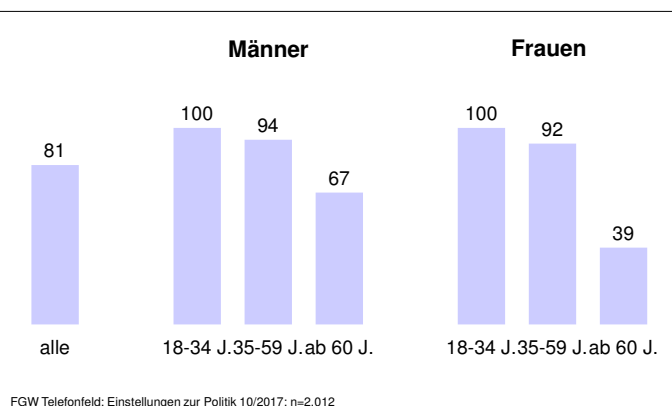
Nutzung von Internet und Sozialen Medien

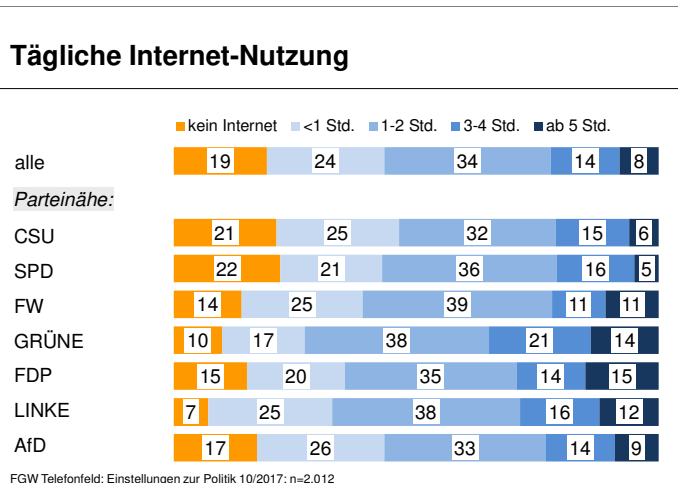
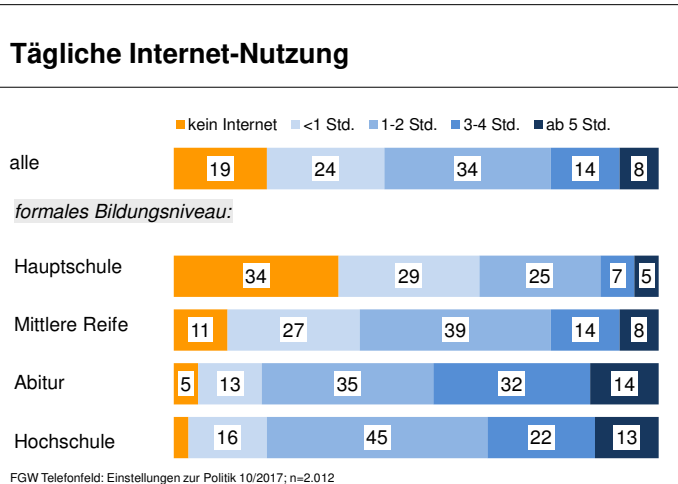
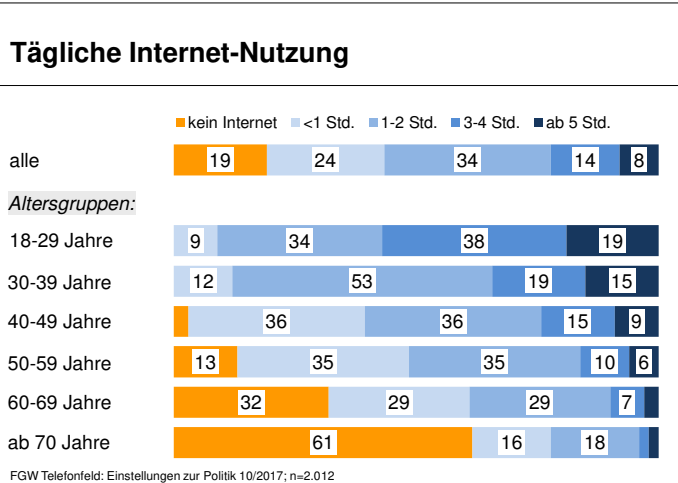


„Ja“, nutze das Internet



„Ja“, nutze das Internet





Abgesehen vom grundsätzlichen Zugang zum Internet wird der digitale Graben vor allem auch beim **Faktor Nutzungsintensität** sichtbar. Wie viel Zeit man täglich zum Arbeiten, Surfen oder für sonstige Zwecke im Netz verbringt, ist ebenfalls primär eine Frage des Alters: Während bei den 18- bis 29-jährigen 57 % mindestens drei Stunden am Tag das Internet nutzen, sind dies bei den 30- bis 39-jährigen noch 34 % und bei den 50- bis 59-jährigen nur 16 %. Bei den ab 60-jährigen sind die entsprechenden Anteile einstellig. Neben den massiven Diskrepanzen zwischen den Generationen gibt es in punkto Verweildauer auch geschlechtsspezifische Unterschiede. Männer sind nach eigenen Angaben täglich länger online als Frauen, was allerdings nur für die mittleren und älteren Altersgruppen gilt: Bei allen unter 35-jährigen nutzen nämlich mit 52 % bzw. 49 % geringfügig mehr weibliche als männliche Befragte mindestens drei Stunden am Tag das Internet. Vergleichsweise zeitintensiv

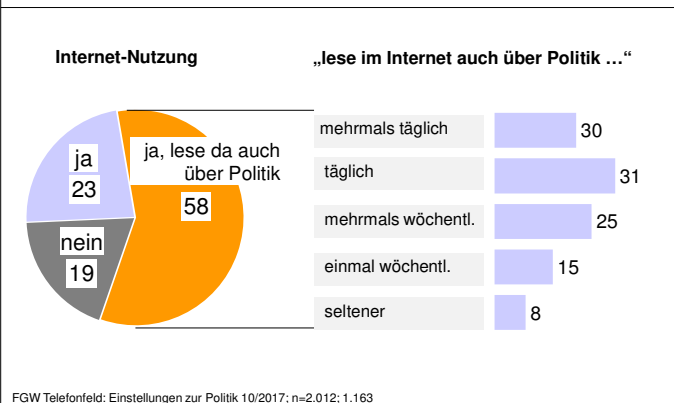
genutzt wird dieses Medium außerdem in Großstädten, von formal höher gebildeten Bürgerinnen und Bürgern oder von Befragten, denen als Partei in Bayern die Grünen am besten gefallen.

Wenn auch erneut mit ganz unterschiedlicher Bedeutung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen, ist das Internet in Bayern eine grundsätzlich hochrelevante **Kommunikationsplattform für politische Inhalte**: 58 % aller Wahlberechtigten – dies sind 72 % derjenigen Befragten, die das Internet nutzen – lesen im Internet auch

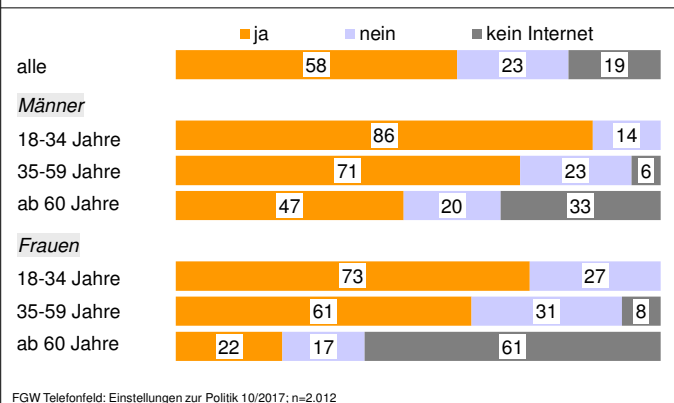
etwas über Politik. Gut die Hälfte aus dieser Gruppe tut dies mindestens einmal täglich. Zum Vergleich: Bundesweit haben zuletzt 64 % aller Deutschen angegeben, im Internet auch etwas über Politik zu lesen (Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer September III 2017, KW 37).

Im Detail werden politische Inhalte natürlich primär in denjenigen Bevölkerungsgruppen online gelesen, die auch generell viel im Web unterwegs sind: 81 % aller 18- bis 29-Jährigen sowie 79 % aller 30- bis 39-Jährigen nutzen das Netz zur politischen Information. Daneben besuchen auch deutlich mehr als die Hälfte aller 40- bis 59-Jährigen Seiten und Dienste mit politischem Content, bei den 60- bis 69-Jährigen sind es immer noch 47 %. Beim Blick auf die Parteipräferenzen liegen vor allem Grüne- und FDP-affine Befragte über dem Schnitt.

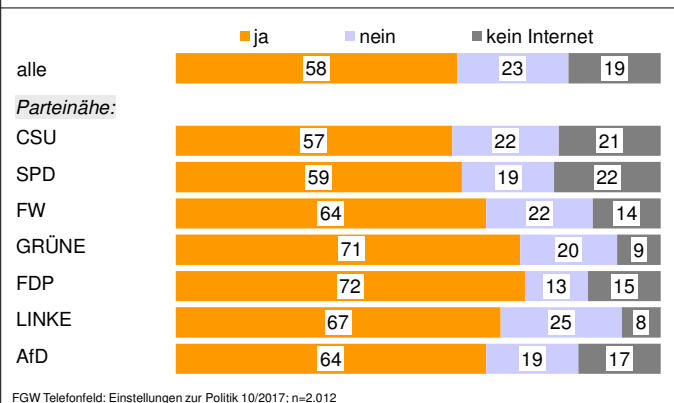
Internet-Nutzung und politische Inhalte

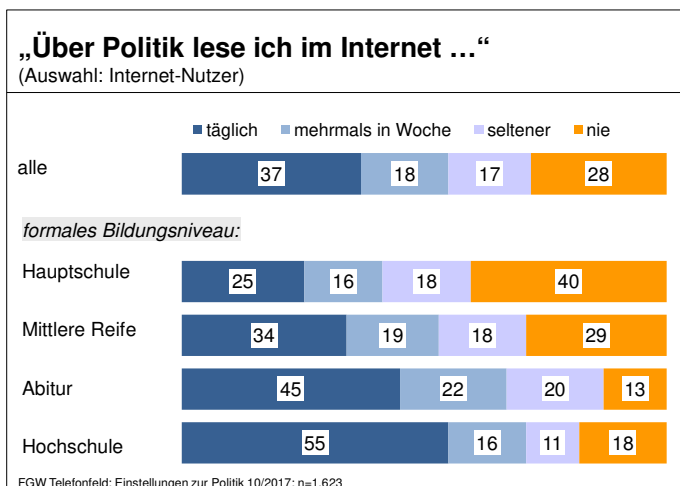


Lesen Sie im Internet auch etwas über Politik?

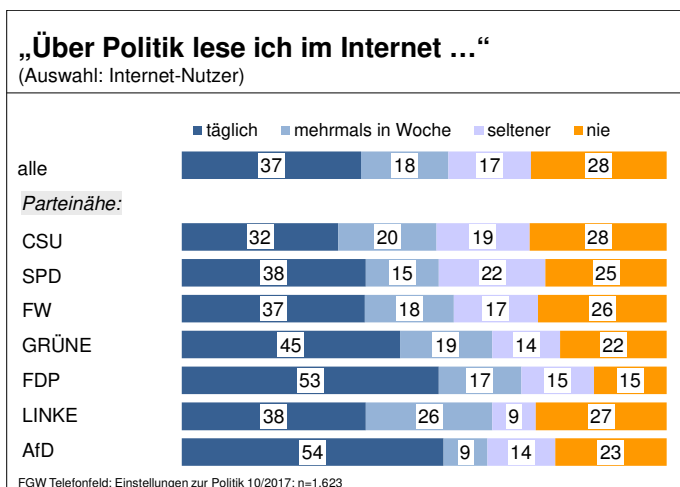


Lesen Sie im Internet auch etwas über Politik?





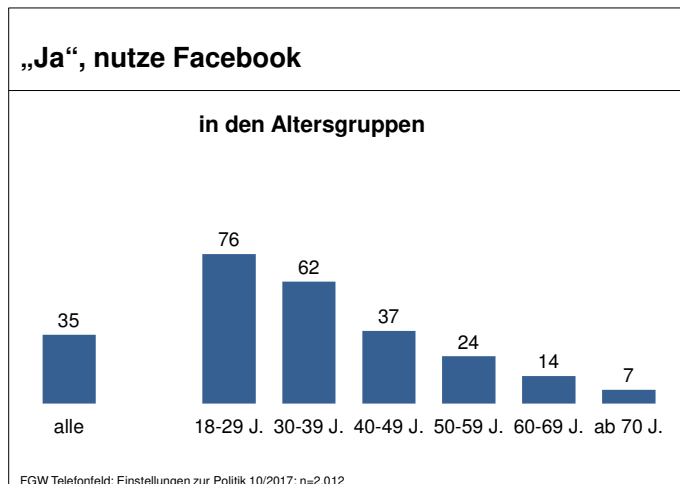
Unter denjenigen Befragten, die online sind, sind die altersabhängigen Differenzen bei der Abrufhäufigkeit politischer Inhalte dann eher gering: 37 % aller Internet-Nutzer sagen, dass sie in diesem Medium mindestens täglich etwas **über Politik lesen**. Darunter befinden sich leicht überdurchschnittlich viele unter 40-Jährige, die ab 60-Jährigen liegen nur leicht unter dem Schnitt. Neben 37 % der Berufstätigen lesen zudem auch 35 % der Rentner, die das Internet nutzen, täglich im Netz politische Nachrichten. Weitaus stärkere Effekte zeigen dagegen Faktoren wie Geschlecht oder formales Bildungsniveau: Dass sie sich jeden Tag online über Politik informieren, sagen 45 % aller männlichen und 28 % der weiblichen Befragten, die das Internet nutzen, sowie 25 % derjenigen mit Hauptschulabschluss, 34 % mit Mittlerer Reife, 45 % mit Abitur und 55 % derjenigen Internet-Nutzer mit einem Universitätsabschluss.



Relevant sind schließlich auch die Faktoren parteipolitische Präferenz, politisches Interesse oder auch die politische Selbstverortung der Befragten: Überdurchschnittlich häufig online werden politische Inhalte demnach von Grüne-, FDP- und AfD-nahen Bürgerinnen und Bürgern gelesen. Dass sie täglich oder mehrmals täglich entsprechende Seiten abrufen, sagen außerdem 49 % derjenigen Wahlberechtigten mit ganz allgemein starkem politischem Interesse, aber erwartungsgemäß nur 16 % der befragten Internet-Nutzer, die sich kaum oder gar nicht für Politik interessieren. Und schließlich lesen sichtbar mehr Bürgerinnen und Bürger, die sich im politischen Raum dezidiert links oder dezidiert rechts verorten, häufiger Dinge über Politik im Internet als die – nach eigenem Dafürhalten – politisch eher mittig orientierten Bayern.

Ähnlich wie bei der Internet-Nutzung ganz allgemein ist auch bei der **Verbreitung von Facebook** das Alter die zentrale Größe: Weit überdurchschnittlich genutzt wird dieses soziale Netzwerk von jungen Menschen. Anders als bei der Internet-Nutzung ganz allgemein, wo erst in der Generation 60plus große Bevölkerungsteile offline

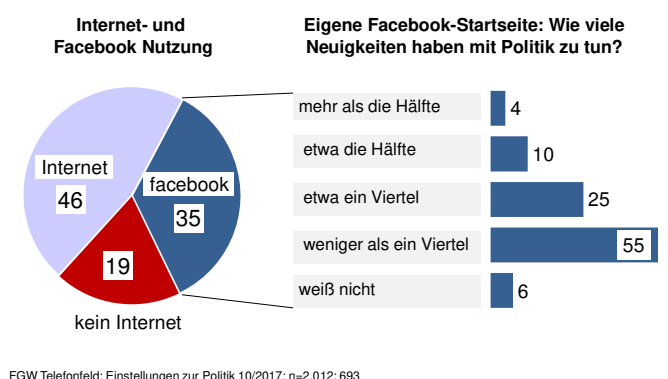
sind, sind Facebook-Nutzer in Bayern bei den ab 40-Jährigen klar in der Minderheit und bei den ab 60-Jährigen die große Ausnahme. Zwischen Männern und Frauen gibt es bei der Facebook-Nutzung insgesamt überhaupt keinen Unterschied, bei den unter 35-jährigen Frauen sind allerdings noch mehr weibliche (76 %) als männliche Befragte (68 %) entsprechend vernetzt.



Indirekt sichtbar wird der signifikante Einfluss des Alters auf die Facebook-Nutzung dann bei Faktoren wie Bildung, Ortsgröße, Lebensform oder Familienstand. Unter Befragten mit Hauptschulabschluss – hierunter befinden sich besonders viele ältere Menschen – haben 24 % einen Facebook-Account, wogegen 55 % derjenigen mit Abitur, aber (noch) ohne Hochschulabschluss, dieses soziale Netzwerk nutzen. In Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern sind 30 % bei Facebook, in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern sind es 40 %. Während nur 28 % der verheirateten Bayerinnen und Bayern die digitale Kommunikationsplattform nutzen, sind es unter Singles 42 % und unter unverheirateten, aber in Partnerschaften lebenden Menschen 53 %. Dass sie bei Facebook sind, sagen schließlich 56 % der Befragten, die (noch) keine Kinder haben, sowie 45 % derjenigen mit bis zu zwölfjährigen Kindern, aber nur 19 % der Befragten mit älteren bzw. erwachsenen Kindern.

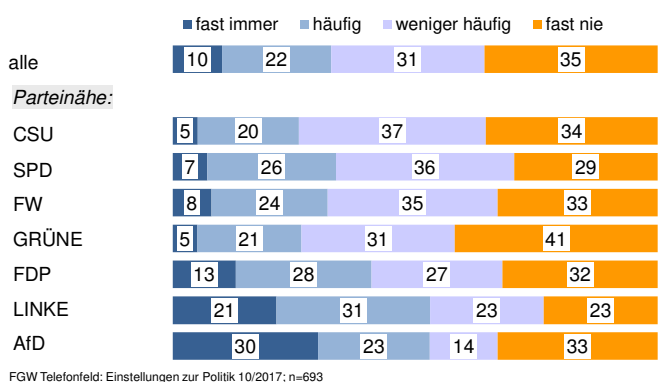
Unter Bürgerinnen und Bürgern, die in den letzten 10 bzw. 20 Jahren nach Bayern zugezogen sind – auch hierunter gibt es besonders viele jüngere Menschen –, nutzen mit 55 % bzw. 51 % sehr viel mehr Befragte Facebook als bei denjenigen, die schon immer im Freistaat leben (35 %). Politisch eher links orientierte Bayern nutzen Facebook häufiger als diejenigen, die sich politisch eher rechts oder mittig einstufen. Schließlich sind nur 25 % derjenigen Befragten, die bei aktuellen Themen eher traditionell-konservative Positionen (vgl. Kap. 2.7) besetzen, bei Facebook, aber 46 % der bei diesen politisch umstrittenen Inhalten eher modern eingestellten Bürgerinnen und Bürger.

Facebook-Nutzung und politischer Content auf facebook



In der Wahrnehmung der Facebook-Nutzer sind **politische Inhalte** auf dieser Plattform quantitativ zwar eher die Ausnahme, aber dennoch ein grundsätzlich präsenten Phänomen: Wenn die Befragten an alle Neuigkeiten und Nachrichten auf ihrer persönlichen Facebook-Startseite denken, haben davon für 4 % „mehr als die Hälfte“ etwas mit Politik zu tun, 10 % sagen „etwa die Hälfte“, 25 % schätzen „etwa ein Viertel“ und 55 % beziffern den politischen bzw. politikbezogenen Content in ihrem Feed auf „weniger als ein Viertel“. Die Unterschiede in den diversen sozialen, demographischen und politischen Gruppen sind hierbei eher gering.

Politischer Content auf Facebook: „Lese ich ...“ (Auswahl: facebook-Nutzer)



Nachgefragt, wie häufig die **Facebook-Nutzer Inhalte mit politischem Bezug**, die auf ihrer Startseite auflaufen, dann auch **tatsächlich lesen**, sagen 10 % „fast immer“, 22 % „häufig“, 31 % „weniger häufig“ und 35 % „fast nie“. Überdurchschnittlich häufig gelesen werden entsprechend politische Nachrichten und Neuigkeiten nach eigenen Angaben von Linke- und AfD-nahen Befragten, ganz allgemein von Personen, die sich grundsätzlich stark für Politik interessieren sowie von denjenigen, die auch über andere Medien intensiv politische Nachrichten verfolgen. Die geschlechts- oder bildungsspezifischen Differenzen bei der Lesehäufigkeit politischer Inhalte auf Facebook fallen dagegen nicht sonderlich ins Gewicht.

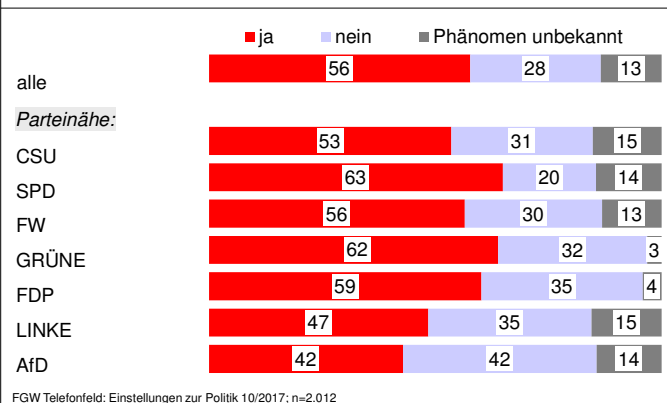
3.4 Fake News

Fake News bezeichnen 56 % aller Befragten als sehr großes (14 %) oder großes (42 %) Problem, insgesamt 28 % sehen in solchen meist gezielt lancierten Falschmeldungen ein weniger großes (26 %) oder überhaupt kein Problem (2 %), 13 % können nicht antworten, weil sie nichts von diesem Phänomen gehört haben. Dass ihnen

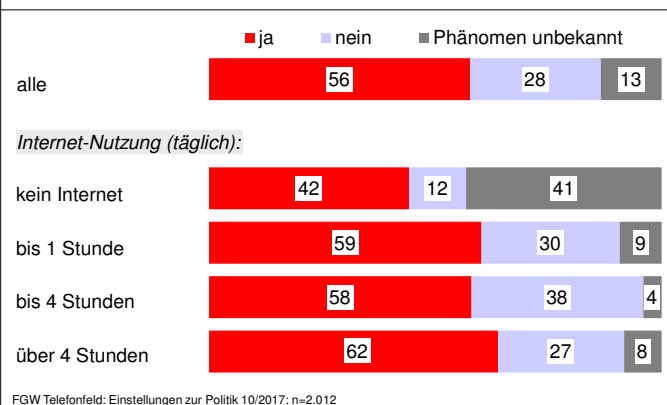
Fake News unbekannt sind, sagen besonders viele ab 70-Jährige, wobei selbst hier wie in allen anderen untersuchten Subpopulationen klare Mehrheiten Fake News zumindest vom Namen her kennen.

Obwohl Fake News vor allem viral über soziale Netzwerke verbreitet werden, gibt es – soweit bekannt – ein klar überwiegendes Problembewusstsein gegenüber solchen manipulierten Meldungen auch unter denjenigen Bayern, die kaum oder gar nicht das Internet nutzen. Eine relativ hohe Sensibilität existiert auch unter Befragten, die täglich viele Stunden online sind und / oder unter denjenigen, die politische Nachrichten verstärkt aus dem Internet beziehen. Allerdings gibt es auch in diesen Gruppen zahlreiche Befragte, die Fake News als weniger oder gänzlich unproblematisch klassifizieren.

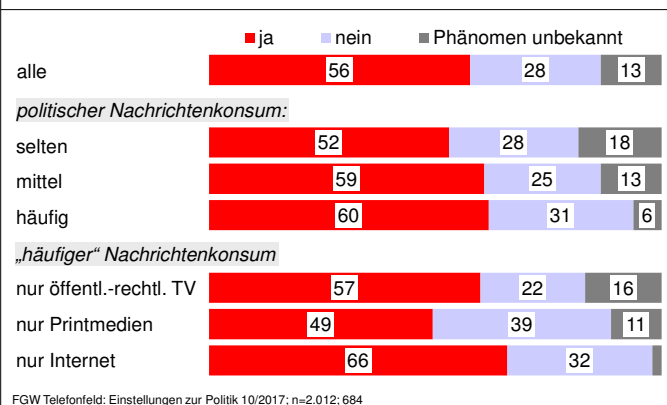
Fake News: Bei uns ein großes Problem?

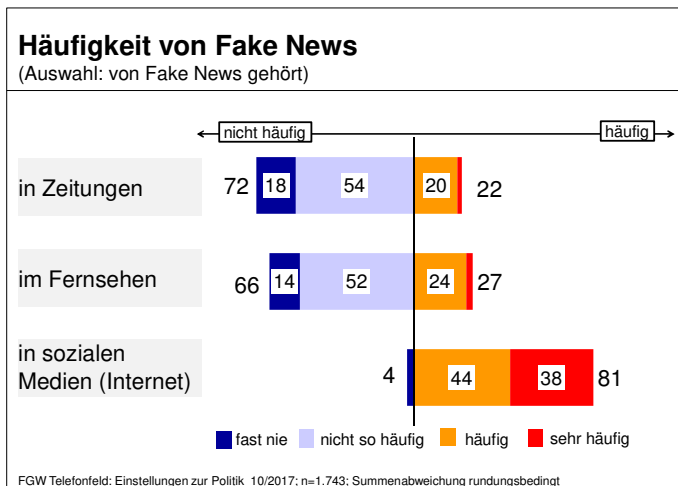


Fake News: Bei uns ein großes Problem?



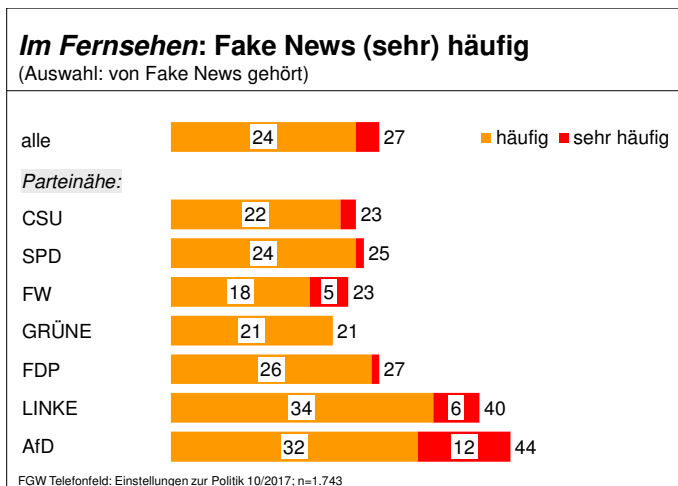
Fake News: Bei uns ein großes Problem?



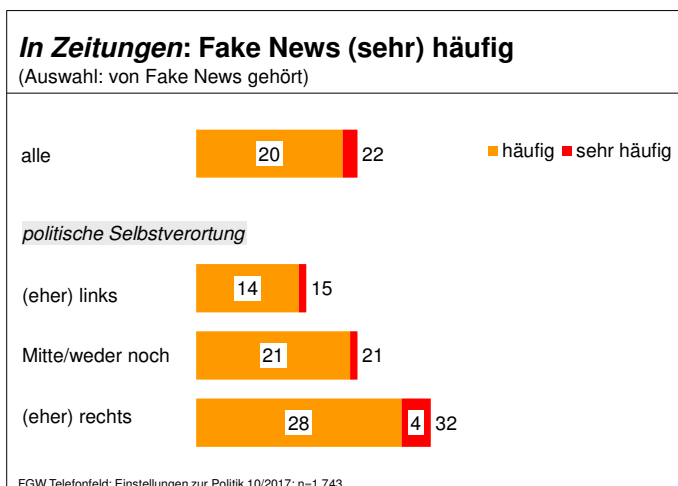


Was die **Verbreitung von Fake News in verschiedenen Medientypen** bzw. Kommunikationsplattformen betrifft, gibt es entsprechende Falschmeldungen nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger allen voran in den sozialen Medien wie Facebook und Twitter. Allerdings meint fast jeder Fünfte bzw. knapp jeder Vierte, dass auch

in Zeitungen bzw. im Fernsehen häufig oder sehr häufig gezielt falsche Nachrichten verbreitet werden.



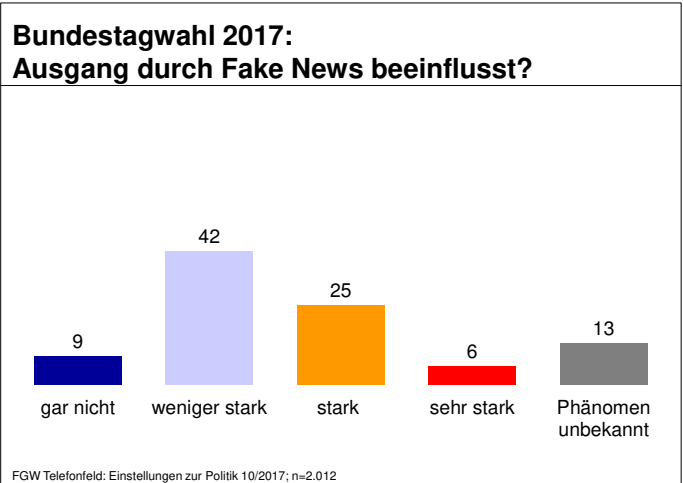
Nachdem sich die politischen Lager hinsichtlich der Verbreitung von Fake News in den sozialen Medien weitgehend einig sind, gibt es mit Blick auf die Zeitungen und das Fernsehen in Abhängigkeit von parteipolitischen Präferenzen starke Abweichungen: Besonders viele Linke- und – noch häufiger – AfD-nahe Befragte meinen, dass in den Printmedien und im TV (sehr) häufig manipulierte Nachrichten lanciert werden. Starke Effekte zeigt speziell bei den Zeitungen auch die Selbstverortung im politischen Raum sowie das formale Bildungsniveau: (Eher) rechts orientierte Befragte sowie Befragte mit niedrigen Schulabschlüssen gehen überdurchschnittlich



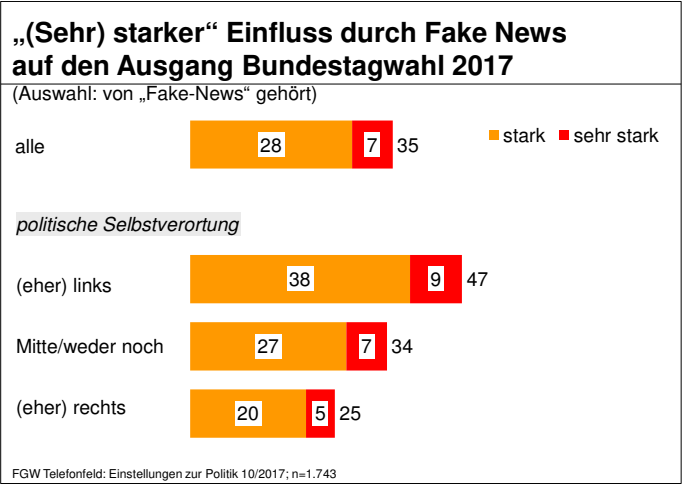
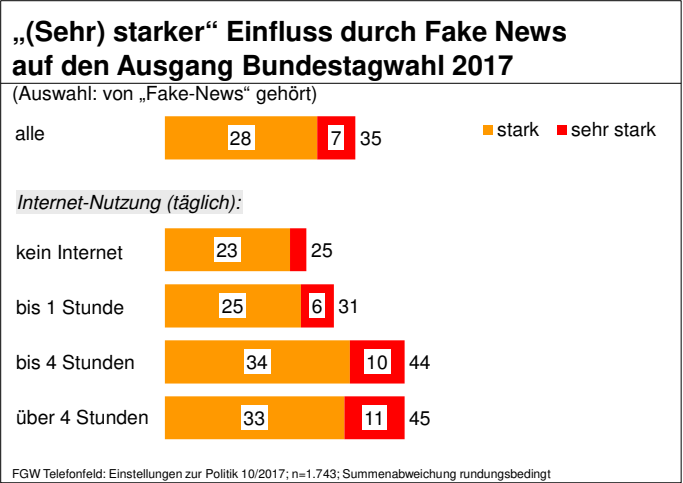
häufig davon aus, dass Fake News in den Zeitungen weit verbreitet sind.

Auch wenn das Gros der Bayerinnen und Bayern größere **Effekte von Fake News auf den Ausgang der Bundestagswahl** bezweifelt, sind zahlreiche Wahlberechtigte vom Gegenteil überzeugt: 31 % aller Befragten (bzw. 35 % derjenigen, die von Fake News gehört haben) meinen, dass falsche oder manipulierte Nachrichten die

Bundestagswahl im September 2017 stark (25 %) bzw. sehr stark (6 %) beeinflusst haben. 42 % vermuten eine weniger starke Wirkung und für nur 9 % haben Fake News überhaupt keine beeinflussende Rolle gespielt.



Dass Fake News den Ausgang der Bundestagswahl stärker beeinflusst haben, meinen besonders viele Befragte, die viel Zeit im Netz verbringen. Unter 40-jährige Befragte konstatieren wesentlich häufiger entsprechende Effekte als ab 60-Jährige. 29 % aller Männer, aber 41 % der Frauen, die von Fake News gehört haben, schreiben solchen Meldungen starken Einfluss zu. Dass Fake News bei der Bundestagswahl keinen großen Einfluss hatten, sagen schließlich überdurchschnittlich viele politisch eher rechts eingestellte Bayerinnen und Bayern.



Methodisch-statistische Anmerkungen

Für die Untersuchung „Einstellungen zur Politik – Eine Studie, wie sich Menschen in Bayern politisch identifizieren, interessieren und informieren“ hat die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH vom 16. bis 26. Oktober 2017 in Bayern insgesamt 2.012 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger telefonisch befragt.

Die Stichprobe wurde aus der Gesamtheit der Wahlberechtigten zu einer Landtagswahl in Bayern gezogen, die in Privathaushalten leben und dort über eine Festnetznummer (Nummer mit Ortsvorwahl) telefonisch erreichbar sind. Für die Stichprobe wurde eine regional geschichtete, zweifach gestufte Zufallsauswahl verwendet. Die Zufallsauswahl der Haushalte erfolgte proportional zur Zahl der Wahlberechtigten in den regionalen Schichten, dann wurde zufällig eine wahlberechtigte Person im Haushalt ausgewählt.

Die Auswahlgrundlage des FGW-Stichprobensystems umfasst auch nicht ins Telefonbuch eingetragene Haushalte, die prinzipiell über eine Festnetznummer telefonisch erreichbar sind. Basis sind die im Telefonbuch eingetragenen Privatnummern, bei denen die letzten drei Ziffern gelöscht und anschließend mit den Zahlen '000' bis '999' aufgefüllt wurden. Dieser Datenbestand wurde durch Hinzuziehung der Informationen der Bundesnetzagentur über die (Teil-)Belegung von Rufnummernblöcken und des Branchenverzeichnisses kritisch geprüft und entsprechend bereinigt.

Die Auswertung der Studie erfolgte gewichtet. Zunächst wurden die designbedingten Unterschiede (Zahl der Festnetznummern für Telefongespräche im Haushalt, Anzahl der Zielpersonen im Haushalt) in den Auswahlwahrscheinlichkeiten korrigiert. In einem zweiten Schritt erfolgte eine Korrektur der Ausfälle durch Anpassung der Strukturen der Stichprobe an die Strukturen der Grundgesamtheit. Die entsprechenden Sollverteilungen (Verteilungen in der Grundgesamtheit) für Geschlecht, Alter und Bildung sind der amtlichen Statistik und dem Mikrozensus entnommen. Die Interviews wurden von 197 Interviewern durchgeführt. Ungewichtet und gewichtet ergeben sich 2.012 Fälle.

Die gewichtete Umfrage ist unter Berücksichtigung der wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen von Stichproben repräsentativ für die in Bayern zur Landtagswahl berechnete Bevölkerung. Da es sich um eine Zufallsstichprobe handelt, kann für jedes Stichprobenergebnis ein Vertrauensbereich angegeben werden, innerhalb dessen der wirkliche Wert des Merkmals in der Gesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt.

Unter Berücksichtigung des Stichprobendesigns und des Gewichtungmodells ergeben sich bei einem Stichprobenumfang von $n = 2.012$ folgende Vertrauensbereiche: Bei einem Anteilswert von 40 % liegt der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % zwischen 37,3 % und 42,7 %. Beträgt die Merkmalsausprägung 10 %, so liegt der wahre Wert zwischen 9,2 % und 10,8 %.

Infolge von Gewichtung und Rundung kann es vorkommen, dass sich Spalten- und Zeilenprozentage nicht auf 100 addieren. Falls absolute Fallzahlen in Spalten oder Zeilen kleiner als 30 sind, sollten die entsprechenden Verteilungen mit Vorsicht interpretiert werden.

Kurzportrait
FGW Telefonfeld GmbH, Mannheim

Die Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH gibt es seit 1994. Damals wurde das Telefonstudio der Forschungsgruppe Wahlen e.V. in eine eigenständige Firma ausgegründet. Seither ist die FGW Telefonfeld GmbH als Feldinstitut für alle Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen und i p o s zuständig. Daneben entwickelte sich die FGW Telefonfeld GmbH im Laufe der Jahre zu einem Full-Service-Institut für quantitative Umfragen sowohl im Bereich der Sozialforschung als auch der Marktforschung und ist dort für eine Vielzahl von Auftraggebern tätig.

Mehr als 300 sorgfältig geschulte Interviewerinnen und Interviewer arbeiten für die FGW Telefonfeld GmbH. Das moderne Telefonstudio in Mannheim verfügt über 140 computergestützte Telefonarbeitsplätze (CATI). Bei den telefonischen Umfragen kommen selbst erstellte, regional geschichtete Stichproben zum Einsatz, die die gleichen Qualitätskriterien erfüllen müssen wie die für Hochrechnungen benutzten Stichproben. Sowohl die Auswahl der Haushalte als auch die Auswahl der zu befragenden Personen erfolgt dabei immer streng nach dem Zufallsprinzip, da nur so repräsentative Ergebnisse erzielt werden können.

FGW Telefonfeld GmbH

68161 Mannheim • N7, 13-15
Tel. 0621/1233-0 • Fax: 0621/1233-199
www.forschungsgruppe.de
info@forschungsgruppe.de

Amtsgericht Mannheim HRB 6318
Geschäftsführer: Matthias Jung, Andrea Wolf

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33 | 80636 München
E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de

BNr. 0151-1803